

# Volkswacht

für Schließen • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5, Matthesstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.45 Rml., monatlich 1.55 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rml. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rml.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schließen 14 Pf. außerhalb 17 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereine-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 21732 und 21739, Redaktion Nr. 21738. Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückergeben, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 7. April 1932

Nr. 81

## Nun aber Schluß

Einnütige Forderung aller Verfassungsfreunde

Die Veröffentlichung des bei den Nationalsozialisten beschlagnahmten Materials hat bei der Presse, die Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz besitzt, die einmütige Forderung hervorgerufen, daß Schluß gemacht werden muß mit den Bürgerkriegshänden Hitlers. Unter der Überschrift „Nun aber wirklich Schluß!“ schreibt die „Germania“ (Das Hauptblatt des Zentrums):

Wer den Bericht des preussischen Innenministers unvoreingenommen liest und die in ihm enthaltenen Dokumente ruhig auf sich wirken läßt, der sagt sich schließlich an den Kopf und fragt, wie es möglich und erlaubt ist, daß sich in einem geordneten Staatswesen, das wir noch zu befestigen glauben, solche Dinge abspielen. Es sollte natürlich nicht möglich sein, und es ist ganz gewiß auch nicht erlaubt. Aber ein Staat, der in dieser Weise mit seiner Arbeit und mit seiner Existenz spielen läßt, der verdient schließlich nichts anderes, als daß er in diesem Spiel beizulegender Teil ist.

Besteht fordern wir, daß nun aber wirklich Schluß gemacht wird mit diesem Treiben, das unser Volk in das größte Unglück stürzen muß, wenn es noch weiter gebuldet wird.

Wir können es uns tatsächlich nicht vorstellen, daß die harmlosen Erklärungen, die für den heutigen Tag von der Nationalsozialistischen Partei mit Sicherheit zu erwarten sind, auf irgend eine haarsträubende Stelle noch irgendwelchen Eindruck machen könnten. Schließlich muß es einmal aufhören, daß in breiten Regionen dieser Partei halbe und ganze Geschwändrigkeiten getrieben werden, während die verantwortlichen Führer, denen die Truppe längst entglitten ist, die Hand erheben, um die Legalität der Gesamtpartei zu beschwören. Diese Erkenntnis zwingt sich um so gebieterischer auf, als bei der polizeilichen Aktion, wie bereits berichtet wurde, auch noch Dokumente gefunden wurden, die ihres landesverräterischen Inhalts wegen, bereits dem Oberreichsanwalt zugewiesen worden sind und aus gesetzlichen Gründen der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden können. Die Entscheidungen des Oberreichsanwalts, die beschleunigt herbeigeführt werden sollten, bleiben abzuwarten. Das deutsche Volk aber wird nun schon am kommenden Sonntag zeigen müssen, daß es gewillt ist, mit diesem „System“ nämlich dem des Bürgerkrieges und seiner heimlichen Rüstung „gründlich aufzuräumen.“

Frankfurt a. M., 6. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Feststellungen des preussischen Innenministers über den Charakter der Nationalsozialistischen Bürgerkriegsarmee veranlassen das Frankfurter Zentrumsblatt, die „Rhein-Mainische Volkszeitung“, mit aller Entschiedenheit das Verbot der Nazi-Sturmabteilungen zu fordern. Es sei bedauerlich, daß nicht längst eingegriffen worden sei und auch heute noch Zweifel beständen, ob der Reichsinnen- und Reichswehrminister sich und den in seinen Ressorts maßgebenden Beamten die erforderlichen Maßnahmen abringen könnten.

Köln, 6. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die „Kölnische Zeitung“ (Deutsche Volkspartei) schreibt zu dem Ergebnis der Hausdurchsuchungen bei der NSDAP:

„Wer, unabhängig von Verfassungen, Parteigruppierungen und „Systemen“ die moderne Staatsidee befaßt,

muß folgerichtig zu dem Schluß kommen, daß Dinge, wie sie nach den Hausdurchsuchungen in Preußen festgestellt worden sind, in Deutschland unter keinen Umständen gebuldet werden können.

Soll die Nation nicht innenpolitisch, außenpolitisch und wirtschaftlich in die größte Gefahr geraten. Wir wissen nicht, in welchem Umfang die Führer der Nationalsozialistischen Partei im einzelnen für alle diese Geleghenheiten konkrät verantwortlich zu machen sind, dürfen aber wohl auf die Erklärung Hitlers hinweisen, daß nichts in seiner Partei ge-

schehe, von dem er keine Kenntnis habe. Sicherlich kann sich an den Rändern einer großen Partei manches ereignen, was den Verantwortlichen entgeht. Hier aber handelt es sich um Entfaltungen von solchem Umfang, daß die Führer der Nationalsozialistischen Partei wohl kaum behaupten wollen, ihnen sei die Tätigkeit der einzelnen Organisationen unbekannt. Im Gegenteil: alles spricht dafür, daß die Maßnahmen der Partei einen zentralen Charakter tragen.

Die öffentliche Sicherheit verlangt in dieser Stunde, daß gegen alle Versuche, den Staat zu unterhöhlen, sich illegale Machtbesugnisse anzumahen, nachdrücklich eingeschritten wird.

Die Entschuldigung, man habe lediglich gegen das andere System mobilisieren wollen, kann die Staatsautorität nicht gelten lassen, denn für Aufrechterhaltung der Ordnung ist der Staat allein verantwortlich. Wir brauchen keine Privatarmee. Wir leben im 20. Jahrhundert und nicht im Mittelalter. Welche Maßnahmen im einzelnen notwendig sein werden, soll hier nicht näher untersucht werden. Von der Untersuchung des Oberreichsanwalts wird wohl die Entscheidung abhängen. Verschwinden aber müssen die illegalen Versuche, die Souveränität des Staates zu zermürben.“

## Hitler befoldet 1000 Spigel

Feststellungen aus dem Hausdurchsuchungs-Material

Aus dem bei der preussischen Polizei-Aktion gegen die NSDAP. gefundenen Material ergibt sich u. a., daß die Reichsleitung der Nazis in München nicht weniger als 1000 befoldete Spigel unterhält.

Die Bezahlung dieser Spigel erfolgt aus einem besonderen Fonds mit beträchtlichen Mitteln. Ihre Tätigkeit ist in München zentralisiert. Jeder Spigel wird als Nummer geführt und hat seine Berichte nicht mit Namen, sondern mit der betreffenden Nummer zu versehen. Die Berichte, die den Nachrichtendienst der SA bis nach München durchlaufen, dürfen von den Eingangsstellen nicht mit Bemerkungen versehen werden, damit, falls solche Berichte in unrechte Hände fallen, wie es in einer Anweisung eines Gruppenführers an einen Nachrichtenleiter heißt, keinerlei Anhaltspunkte gegeben seien. Es genüge, wenn die oberste SA-Führung die Nummer und damit den Absender der Berichte kenne.

### Die Landestwahlliste der SPD.

Der Landeswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei zur Preußenwahl lautet:

1. Otto Braun, Preuss. Ministerpräsident, Berlin-Zehlendorf.
2. Carl Severing, Staatsminister, Bielefeld.
3. Albert Grzesjanski, Polizeipräsident, Berlin.
4. Adolf Grimme, Staatsminister, Berlin.
5. Otto Börsing, Oberpräsident a. D., Magdeburg.
6. Gertrud Hanna, Sekretärin, Berlin.
7. Hanns Chajes, Professor Dr. med., Berlin-Schöneberg.
8. Wido Drügemüller, Verbandssekretär, Berlin.
9. Dr. Siegfried Rosenfeld, Ministerialrat, Berlin-Lenzschhof.

10. August Schmidt, Verbandssekretär, Kogum.
11. Josef Orissa, Verbandssekretär, Berlin.
12. Josef Raug, Verbandssekretär, Berlin.
13. Ulrike Konec, Berlin-Gröb.
14. Theodor Kober, Verbandsvorsitzender.
15. Klingelhöller, Kriminalrat, Berlin-Dohlem.
16. Fritz Wildhaus, Geschäftsführer, Berlin.
17. Max Siebers, Geschäftsführer, Berlin.
18. Julius Schwarz, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Saarbrücken.
19. Alwine Wellmann, Osnabrück.
20. Walter Reinhold, Verbandsvorsitzender, Berlin-Schöneweide.
21. Otto Scharfshwerdt, Verbandssekretär, Berlin.
22. Siebe Brandt, Polizeibeamter, Berlin.
23. Karl Müller, Geschäftsführer, Sameln.
24. Max Gillemeier, Berlin.

### Schamlos!

Der Lügling Köhm bleibt oberster SA-Führer

Parteiamtlich wird im „Kölnischen Beobachter“ mitgeteilt:

„Es ist eine schamlose Lüge, daß Adolf Hitler den Parteigenossen Oberstleutnant Köhm von seinem Posten als Stabschef der SA. abberufen hat.“

Schamlos ist hier schon etwas! Aber schamlos ist nicht die von uns gleich angezeigte und deshalb nicht wiederbegehrte Meldung von der Abberufung Köhms. Schamlos ist die grenzenlose typische Frechheit mit der die stillosen Eroberer Deutschlands den entlarvten Lügling Köhm an der Spitze belassen!

Von wieviel Geheimnissen des Braunen Hauses muß Köhm wohl Mitwisser sein, daß Hitler sich trotz des verächtlichen Materials an seinen Stabschef nicht hernahmt!



# SEVERING

Freitag, 8. April, 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle

Eintrittskarten zu haben für 35 Pf., reservierte Plätze für 1 und 2 Mark, im Verkehrs-Büro Baresch, Volkswachtbuchhandlung u. den Organisationen der Eisernen Front. Karten für Mitglieder, Rentner und erwerbslose Nichtmitglieder gegen Ausweis für 25 Pf. in der Volkswachtbuchhandlung, Büro der SPD, der Gewerkschaften und der Arbeiterbibliothek, am Büfett des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17 und im Büro des Reichsbanners, Ohlauer Straße 68. Erwerbslose Mitglieder erhalten Karten für 10 Pfennige in den Büros der Organisationen.

Die Kampfleitung der Eisernen Front für Groß-Breslau.



Die Verlautbarung der Nationalsozialistischen Partei, daß Hitlers Stabschef Röhmer trotz seiner homosexuellen Neigungen Führer der SA-Jugend bleibt, veranlaßt das Berliner Zentrumsmagazin, die „Germania“, zu folgenden Feststellungen:

Wenn Hitler sich von Röhmer nicht trennen will, so wird dies ein sehr beachtenswertes Licht auf den Geist, von dem die Nazi-Partei die „Ritzigen Erneuerung“ befeuert ist. Aber in einer Partei, die dem Fememörder Helms die Ehre eines

Reichstagsmandats verleiht, die demnächst den Gemeindevorstand in den Preussischen Landtag schickt und auch sonst in der Beurteilung der moralischen Qualifikationen führender Persönlichkeiten der Partei eine große Weisheit zeigt, ist schließlich auch Platz für Herrn Röhmer. Wenn also Hitler erklärt, daß Röhmer sein Stabschef bleibt, nämlich der Stabschef seines Privatarmes, denn darf man immerhin hoffen, daß dieses Amt durch die geplanten staatslichen Maßnahmen sehr bald ohne Sinn und Inhalt sein wird.

### Schwerer Konflikt in Ungarn

Das sozialdemokratische Zentralorgan der Ungarischen Sozialdemokratie, „Nepszava“ („Volkstimme“), wurde von der Regierung wegen angeblicher Aufregung zum Klassenhass auf unbestimmte Zeit verboten. Daraufhin legten sämtliche Budapest-Bürger die Arbeit nieder, so daß am Mittwoch keine Zeitung erscheinen konnte. Es kam nur ein mit Hilfe der Technischen Ratshilfe hergestelltes amtliches Nachrichtenblättchen heraus. Als die Fabrikarbeiter am Mittwoch ebenfalls einen halbständigen Sympathietreff für Donnerstag ankündigten, antworteten die Industriellen mit einer allgemeinen Aussperrung. Inzwischen sind zur Beilegung des Konflikts Verhandlungen eingeleitet worden, die hauptsächlich heute oder morgen zu einem Erfolg in dem Sinne führen, daß das Zentralorgan der Ungarischen Sozialdemokratie wieder erscheinen kann.

Im ungarischen Parlament, wo die Sozialdemokratie sich scharf gegen das Verbot der Zeitung wandte, und in einer Erklärung feststellen ließ, daß die gegenwärtige Regierung Caradai als Fortsetzung der Regierung Bethlen zu betrachten sei kam es zu großen Parnissen.

### Paul Boncour

### Ständiger Völkerbundsvertreter

Der Präsident der Republik hat den Senator Paul Boncour zum ständigen Delegierten Frankreichs beim Völkerbund ernannt.

## Weiteres aus dem Material über die Wuttschpläne der Nazis

### Auch Wasserwerke wollten sie stilllegen

In den verschiedenen Gegenden sind Zusammenziehungen von SA-Einheiten meist an Orten auf dem flachen Lande beobachtet und dabei beziehungsweise die Mitführung voller Uniformen, meist im Rucksack oder Tornister verpackt, festgestellt worden.

Unter dem 9. März 1932 meldet zum Beispiel die Untergruppe Pommeren-Ost unter Ia 748/32 an die Gruppe Ost in Berlin:

„Die Alarmierung der SA, während und nach der Wahl im Falle von inneren Unruhen wurde durchgesprochen. Der Grenzfall wurde eingehend erörtert. Bericht hierüber ist an Sonderadresse abgegangen.“

Die Standarte 31 in Altona hat für den 13. März 1932 anlässlich der Reichspräsidentenwahl u. a. folgendes angeordnet:

- 1. Der Sturmabteilung 31, Altona, zieht alle nicht wahlberechtigten SA-Männer bereits am 12. März 1932 abends aus der Stadt heraus und läßt diese auch am Wahltag im Landgebiet.
- 2. Die wahlberechtigten SA-Männer vollziehen die Wahl am 13. März bis 9 Uhr vormittags. Sie sind dann flurweite wahlmännliche und verbleiben bis eine Stunde nach Beendigung des Wahlganges auf dem vom Sturmabteilung angeordneten Ort innerhalb Gr.-Altonas. Erst dann wird die SA aus der Stadt herausgezogen.
- 3. Eine dieser Mitteilung vorausgehende vertrauliche Anordnung des Sturmabteilung 31, welche besagte, daß die gesamte SA am 13. März 1932 ab 9 Uhr vormittags die Stadt verlassen würde, hatte lediglich den Zweck, den politischen Gegner irrezuführen.“

Allen diesen Beobachtungen und Feststellungen gegenüber muß die Motivierung des von der obersten SA-Führung für den 13. März 1932 gegebenen Alarmbefehls mit dem Wunsch, durch Zusammenziehung der SA-Leute in ihren Unterkunfts- und Versteckstätten Zusammenstoßen und Ausschreitungen auf der Straße zu vermeiden, mehr als sonderbar erscheinen. Wenn denn solche Uniformen, eiserne Masken und höchster Alarmzustand mit allen seinen Auswirkungen? Warum die Zusammenziehungen auf Alarmplätzen und auf dem flachen Lande?

In diesem Zusammenhang erhalten auch der am 12. März 1932 in Kreise Eimbeck beobachtete und unterbandene Transport von Militärwaffen, Munition und Stahlhelmen und die Auffindung eines schweren Maschinengewehrs und von Zylinderlegewehren mit Munition bei dem Kreisleiter der NSDAP in Calwikel am 13. März 1932, sowie die fast tägliche Feststellung von Handfeuerwaffen bei Nationalsozialisten gerade auch in den Tagen um den 13. März 1932 eine erhebliche Bedeutung. Am 12. März 1932 war der Polizei in Berlin eine Mappe mit Schriftstücken in die Hand gefallen, aus denen sich die Tatsache eines Befehls des nationalsozialistischen Reichskorps an den Motortruppführer Möhring ergab, bis Montag (14. März abends) beim Adjutanten der Untergruppe Ost mit seinem Wagen Dienst zu tun; es solle Munition und Waffen gefahren werden!

Hierbei sollten offenbar 2 SA-Männer, Eichhorn und Cochius, helfen; bemerkenswert ist, daß in der Mappe auch Versteckungspläne dieser beiden SA-Leute gefunden wurden, die handschriftlich ausgefertigt waren und folgenden Inhalt aufwiesen:

„Ich verweigere mich, über den Dienst am 12. März 1932 gegen jedermann Stillweisungen zu bewahren und den Dienstort nicht zu verraten.“

Bei der Durchsicht eines nationalsozialistischen Büros am 17. März 1932 in Berlin wurden Papiere über die Lagerung von Stahlhelmen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs am Schöneberger Ufer gefunden, die durch genaue Beschreibung der Möglichkeiten, wie man dieser Waffen habhaft werden könnte, erstellt wurden.

Die Nationalsozialisten haben im übrigen offenbar weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen. Eine Reihe von Unterlagen weist darauf hin, daß an Hand von sehr ins Einzelne gehenden Fragebögen, Uebersichten über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden und sonstigen Selbstverwaltungen sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden sind. Für Berlin sind solche Sammlungen in fünf Karten Gruppen entsprechend den 5 Bezirken, Mitte, Norden, Süden, Osten, Westen der Parteigruppen geschaffen worden, die von jeder Sektion für die in ihrem Bereich befindlichen Einrichtungen, meist unter Angabe der Belegschaftszahl und der zumaligen politischen Einflüsse aufgestellt worden sind.

Besonders auffällig ist in dieser Beziehung die eine Seite Seite lause, bis in die kleinsten Einzelheiten die vertriehene Arbeit des Generalstabes der NSDAP für die lebenswichtigen Betriebe der Stadt Wiesbaden. Der Plan stellt die militärische Bedeutung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsbetriebe und die Sicherung und Inbetriebnahme unter besonderer Leitung der nationalsozialistischen Betriebsbetriebsstellen fest. Selbst die zu unternehmenden Beamten und Angestellten sind schon namentlich festgestellt worden und als neuer Leiter der „Sa. Wehrmachtshilfsdienst Otto Schmalzberg“, wozu in Wiesbaden, vorgelesen. Von Bedeutung ist auch

die gezeichnete planmäßige Abrüstung von gewisser Wasserversorgung.

durch Abhalten oder Zulass von Anlieferungen zur Beurlaubung von Arbeitern. Zum Schluß dieses Generalstabesplanens führt der Kreisleiter der nationalsozialistischen Betriebsbetriebsstellenorganisation aus, daß von der gesamten Belegschaft der einzelnen Betriebe das Gefährden der gesamten politischen Aktion im wesentlichen abhängen. Die Kreisleitung sollte für die Sicherstellung der lebenswichtigen Betriebe nur dann garantieren, wenn sowohl die politische als auch die militärische Leitung für ihr Teil die reifliche Durchführung der gegebenen Pläne und Anordnungen garantierten.

Der demokratische Zeitungsdienst schreibt zu der preussischen Polizeiaktion gegen die NSDAP:

„Springer Aktion stellt ein großes Verdienst am des Volkswirtschaft dar, und man wird an die preussischen Stellen nicht nur in Preußen - auch nicht ohne Nutzen, die weissen Polizeierungen in Preußen, die sich aus diesen Notizen ergibt.“

Das Berliner Tageblatt bemerkt: „Man würde lieber schon, was es mit diesen militärisch ausgerüsteten SA-Gruppen für eine Bedeutung hat; man ist aus von Hitlers Privatarmee, von einem Staat im Staat, von der Armee des Reiches.“ Über man hat nun nichts mit diesen Notizen seit des malter Schatz dieser „legale“ Truppe gesehen, wie jetzt

nach Bekanntgabe des am 17. März beschlagnahmten Materials. Eines vor allem entfällt es mit erschütternder Klarheit: die Offiziere der Parteigruppe, die Generale der Wehrmacht entfallen bei dem Aufbau der Hitlerischen Privatarmee ihre ganze nehmungsvolle Aktivität. Sie haben hier ein Feld der Betätigung gefunden, auf dem sie ihre brachliegenden Fähigkeiten nutzbringend verwerten zu können glauben. Sie arbeiten mit denselben Mitteln, mit denen sie vor dem Kriege und während des Krieges arbeiteten.“

## Hitler im Solde und Dienste der Wilhelms und der Fürsten

### Die Hohenzollern und andere deutsche Fürsten zahlen Hitler Millionen Geheimvertrag zwischen Hitler und den Hohenzollern

Einer Zuspätschick eines Standartenführers der Berliner SA, die sich mit der Erklärung des Kronprinzen für Hitler befaßt, entnehmen wir, daß den Nazis aus monarchistischen Kreisen mehr als einhundert Millionen Mark zugesprochen sind. In der Zuspätschick heißt es dann weiter:

Man weiß in der NSDAP, genau, daß Hitler einen Geheimvertrag mit den Hohenzollern hat, demzufolge er sofort nach seiner Regierungsübernahme eine Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Deutschland gesichert wird. Ebenso wird er einen neuen Vergleich zugunsten der Hohenzollern herbeiführen. Technische Versprechungen liegen für fast sämtliche anderen deutschen Fürsten vor. Nur so ist es zu erklären, daß z. B. die Großherzöge von Oldenburg und Mecklenburg wie auch der Herzog von Koburg jetzt offen für Hitler eintreten und ihn mit großen Geldsummen unterstützen. Hitler hat wiederholt mit dem Kronprinzen über die Frage einer monarchistischen Restauration verhandelt.

### Die Londoner Donaulkonferenz

#### Erste Haupttagung ohne Ergebnis

Am Mittwochnachmittag fand die erste offizielle Sitzung der Viermächtekonferenz statt. Sie wurde um 17.30 Uhr beendet. Es wurde die Notlage der Donauländer und die verschiedenen Möglichkeiten der Hilfe erörtert. Die Behandlung des Problems gruppierte sich um sieben Punkte.

Der erste Punkt betrifft die Frage, welche Länder als Donauländer im Sinne des Plans anzupreisen seien. Es sollen einbezogen werden Desterreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Der zweite Punkt betrifft die Form, unter der die in Frage kommenden Länder aufgefordert werden sollen, miteinander Verhandlungen anzuknüpfen. Punkt drei bezieht sich auf die Zollpräferenzen, die sich die Staaten gegenseitig in Höhe von

10 bis 12 Prozent gewähren sollen. Der nächste Punkt bezieht sich auf das Verhältnis der übrigen Staaten zu dem Donaubund. Die anderen Punkte befassen sich mit der Frage von Anleihen, und zwar empfiehlt Punkt fünf die sofortige Gewährung von kurzfristigen Anleihen an Desterreich und Ungarn, der sechste die Konversion aller bestehenden Anleihen der fünf Staaten in eine einheitliche Anleihe mit niedrigerem Zinsfuß, und der siebente Punkt befaßt sich mit der internationalen Budgetkontrolle, mit welcher der Plan verknüpft ist.

Jedenfalls welche Ergebnisse bisher noch nicht erzielt. Man versucht durch eine Auflockerung der Konferenz weiterzukommen und hat ein politisches Komitee eingesetzt, das die verschiedenen Seiten des Problems behandeln und in der für Donnerstagabend angekündigten Haupttagung berichten soll. Dieses Komitee ist jedoch mit der Konferenz weitgehend identisch. Außerdem werden die Regierungen einen Ausschuss von Finanzexperten, bestehend aus Beamten der Finanzministerien zusammenrufen lassen, um den Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes einem Studium zu unterziehen. Die Arbeiten dieses Ausschusses stehen außerhalb der Konferenz und seine Arbeit wird länger dauern, als die Konferenz tagt. Von englischer Seite wird Sir Frederic Leithrope, der Wirtschaftsberater der Regierung, in dieses Komitee entsandt. Daß die Konferenz schon am Donnerstagabend beendet sein wird, wie verschiedene englische Zeitungen am Mittwochvormittag annehmen, ist sehr unwahrscheinlich.

Das französische Finanzministerium bemängelte die am Mittwoch vom „Echo de Paris“ veröffentlichte Meldung, daß bei den französisch-englischen Verhandlungen in London angeblich eine Einigung darüber erzielt worden sei, den Donauländern und besonders Südslawien eine Inflationspolitik zu empfehlen.

## Die Schandzustände in Nazi-Braunschweig

### Bürgerkriegsvorbereitungen der Nazis behördlich geduldet

Die Eiserne Front der Stadt Braunschweig hatte dem Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß sie die Absicht habe, drei Schnell-LKW mit Reichspräsidenten zu bemannen, die Verbefahrten für den Reichspräsidenten von Hindenburg durch die Straßen der Stadt unternehmen sollten. Das Polizeipräsident hat die Anweisung dieser Wagen unterlegt, trotzdem die Nationalsozialisten seit Monaten mit solchen Wagen unterwegs sind. Die Wagen der Nazis werden auch als Ueberfallwagen benutzt. Die Polizei gibt an, von den Führern der Nationalsozialisten offiziell keine Kenntnis zu haben, abgesehen die gesamte Einsatzkraft der Stadt Braunschweig als Zeuge aufgeboden werden konnte.

Braunschweig, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Einer dringenden Nachprüfung durch die zuständigen Reichsstellen bedarf die Haltung des

Nazi-Ministers Klages angesichts der politischen Vorbereitungen seiner Parteifreunde in der Nacht vom 13. zum 14. März. Auch im Lande Braunschweig hatten die Nazis umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um im Falle eines Hitlerregimes in die Stadt Braunschweig und in andere Industriegebiete einzuziehen. Von republikanischer Seite sind diese Bürgerkriegsvorbereitungen der bewaffneten, durch Zugang von auswärts bedeutend verstärkten SA-Formationen im Braunschweigischen aufgeföhrt worden. Die Vorbereitungen der Nazis sind von der Polizei nicht verborgen geblieben sein, sie müssen auch Herrn Klages als verantwortlichen Minister für Sicherheit und Ordnung bekannt gewesen sein. Jedoch die illegalen Vorbereitungen sind polizeilich in keiner Weise unterbunden und ebensowenig ist bis heute irgend eine amtliche Untersuchung eingeleitet worden.

## Otto Braun brandmarkt Gregor Strasser als Lügner

### Keine weiteren Schandstürzungen der Beamten

„Es ist mir mitgeteilt: Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat bereits vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl in einer amtlichen Erklärung auf Grund der Konvention auf eine nationalsozialistische Zeitung in Eilen erklärt, daß die behaupteten Behauptungen über einen neuen Schandsturz für die preussischen Staatsbeamten, der angeblich sofort nach den Wahlen erfolgen sollen, frei erjanden seien. In dieser Entgegnung, die außerdem durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst und durch den Rundfunk gleichmäßig der gesamten Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, hat es zum Inhalt:

„Nach diesen Feststellungen wird sich jede weitere Aufklärung der Behauptung von gestörten Schandstürzungen durch die Beamten als eine hemmende und tendenziöse Unwahrheit charakterisieren, gegen die mit den erforderlichen gesetzlichen Mitteln eingeschritten werden wird.“

Die Behauptungen zufolge hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser in Ruffel, trotzdem wieder die Schandstürzung aufgestellt, daß am 26 April eine neue Konvention der Preussischen Regierung eine zehnprozentige Gehaltskürzung und eine unerhörte Kürzung der Renten und Arbeitslosenunterstützungen bringen werde. Diese Behauptungen sind durch die oben zitierten amtlichen Feststellungen des Preussischen Ministerpräsidenten hinreichend als Wahllügen gekennzeichnet. Die weiteren Folgen ergeben sich aus der Ankündigung des Preussischen Ministerpräsidenten von selbst.

### Stahlhelm sucht vor Hindenburg

Er gibt die Mahnung der Hindenburgwähler auf

Die Bundesleitung des Stahlhelm hat auf die ultimative Forderung des Reichspräsidenten von Hindenburg, seines bisherigen Ehrenmitgliedes, die Mahnung solcher Stahlhelmer unbedingtes plündernd zu machen, die für ihn bei der ersten Wahl eingetreten sind, inzwischen geantwortet. Der Wortlaut dieser Antwort wird einseitig nicht mitgeteilt, aber man erfährt von unrichtigster Seite, daß sie befriedigend ist.



# Die Nazis und die Frauen

## Hitler will die Frauen entwürdigen und entrechten

Die nationalsozialistische Propaganda wendet sich mit verstärkter Kraft an die Frauen. Sie sucht sie zu gewinnen und ihnen den Weg zu weisen, die sie als Garanten einer besseren Zukunft der Kinder anpreist. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist eine Erklärung Hitlers, daß alle Gerichte, daß er sich von seinem Stabschef Röhm trennen wolle, schamlose Lügen seien. Es bleibt also beim römischen System!

Was nun alles in der Welt hat das römische System mit den Interessen der Frauen zu tun? Für das römische System haben die Frauen bestenfalls nur die Bedeutung der geschlechtslosen Arbeiterinnen im Ameisenstaat, deren Bestimmung es ist, zu kaufen und zu dienen. Welches Gefühl kann dies Spitem für die Würde der Frau haben, wenn Herr Röhm den Frauen mit verwerflicher Abneigung gegenübersteht und wenn für ihn die Liebe nichts ist als ein „widernatürlicher Verkehr“? Wir stellen nicht auf Herrn Röhm allein ab!

In der ganzen Hitlerbewegung ist ein bewusster Zuan, die Würde der Frauen herabzusetzen, die Befreiung der Frau rückwärts zu machen.

Ihre Gleichberechtigung zu bestreiten, sie als Menschen zweiter Klasse, als Objekte des Mannes hinausschleichen. So wie Herr Goebbels vor seiner Verheiratung erklärte: Frauen haben schon zu sein und Kinder zu kriegen. Nach seiner Verheiratung wird Herr Goebbels allerdings noch eine dritte Funktion anerkennen: sie haben ihren Männern Vermögen in die Ehe zu bringen. Zum System Hitlers gehört eine männerbündlerische Frauenverachtung, und Herr Röhm ist deshalb wirklich nicht so sehr ein Einzelschickl und dafür sollen sich Frauen begeistern?

Nun gar erst die Propaganda mit den Kindern! Mit Verlaub: was wird aus den Kindern, wenn das römische System um sich greifen sollte? Was Herr Röhm als natürlich ansieht, hat mit Kindern wirklich nichts zu tun!

Welche Mutter aber kann sich für einen Mann begeistern, dessen Stabschef ein notorischer Rüstling, ein Vorkämpfer junger Menschen ist, ein Mann, der nicht nur verwerflich, dessen Sittlichkeit außerdem unter allem Niveau ist?

Das römische System sollte nicht von Frauen und Kindern reden!

die Teilnehmer der Versammlung einen wüsten Lärm und demonstrierten vor dem Offizier, so daß die Auflösung der Versammlung notwendig wurde.

## Die Krise als Reformator

Tschechische Regierung beschließt aus Finanznot Senkung der Militärdienstzeit

Prag, 6. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der tschechische Ministerrat beschloß am Mittwoch aus finanziellen Gründen die Militärdienstzeit von 18 auf 14 Monate zu kürzen und die Umsatzsteuer von 2 auf 3 Prozent zu erhöhen. Außerdem wurde das von den Agrariern geforderte Senkung der Einmischungs-Gesetze beschlossen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer dürfte bereits in den nächsten Tagen zum Austritt der tschechischen Gewerkschaftspartei aus der Koalition und zum Austritt des ihr angehörenden Eisenbahn-Ministers führen.

## Die Saarländer rufen für die Wahl Hindenburgs auf

Saarbrücken, 6. April. (Eigener Drahtbericht.)

Zentrumspartei, Sozialdemokratische Partei, Deutsche Volkspartei und die Deutsche Wirtschaftspartei des Saargebietes richten an das deutsche Volk folgenden Aufruf:

„Das Saargebiet kann zwar an der Reichspräsidentenwahl nicht teilnehmen. Wir Saarländer aber sprechen vor der schicksalhaften Entscheidung des nächsten Sonntags unseren Brüdern und Schwestern im Reich die erste Mahnung aus: Seid einig! Wir sind berechtigt zu dieser Mahnung. Deutschlands Schicksal ist unser Schicksal. In den großen nationalen Fragen waren wir an der Saar einig. Diese Einigkeit hat das Saargebiet dem Deutschland gerettet. Deutsche Brüder, deutsche Schwestern, stellt das Wohl des Vaterlandes über das Parteinteresse, seid einig in dem einen großen Mann, in Hindenburg!“

## Brüning in Erfurt und Weimar

Scharfe Abrechnung mit Hitler

Erfurt, 7. April. (Eig. Zeitungsbericht.)

Der Reichskanzler sprach am Donnerstag-Nachmittag in Erfurt in einer großen Wahlversammlung im Reichshallen-Theater. Die Rede wurde durch eine Lautsprecheranlage in den Garten und nach drei Sälen übertragen.

Wiederum wandte sich der Reichskanzler mit besonderer Schärfe gegen die verlogene Agitation der nationalsozialistischen Bewegung. In Stuttgart und in Baden hatte er Flugblätter gesehen, in denen behauptet worden sei, die Reichsregierung dränge nach jählicher Entscheidung aller Wahltermine, weil sie beabsichtige, schnellstens eine neue Notverordnung zu erlassen. Sinngemäß sei, daß die Notverordnungen keinen anderen Zweck hätten, als neue Not in Deutschland zu schaffen: Ich muß mich — so fuhr der Reichskanzler wörtlich fort — auf das entschlossenste hiergegen und gegen den Geist der Leute wenden, die solche verlogenen Flugblätter verteilen, zumal Hitler am 12. März gegenüber einem amerikanischen Journalisten selbst erklärt hat, daß er gar nicht daran denke, für den Fall seiner Wahl etwas ähnlich alle Notverordnungen aufzuheben oder gar den Verfall der Reichsverfassung zu erreichen. Will man die Wahrung im Interesse des gesamten Volkes unbedingt festhalten, dann kann man nicht mit Versprechungen arbeiten wie Herr Hitler, sondern dann muß man das harte Notwendige tun. Und wenn Herr Hitler in Dresden sich dagegen verwahrt hat, er wolle ja gar keine Inflation und wenn man von der Binnenmarkt oder vom Feder-Geld spricht, so ist das alles nichts anderes als ein Deckname für eine verkappte Inflation. Ich habe meine Behauptung aufrecht: Wenn die Nationalsozialistische Partei auch nur 5 Prozent ihrer Versprechungen wahr machen wolle, dann wädelte das Gebäude der deutschen Mark innerhalb 14 Tagen und die Mark würde ins Bodenlose hinunterstürzen.“

Brüning forderte seine Zuhörer zum Schluss wiederum auf, dafür zu sorgen, daß Reichspräsident von Hindenburg am kommenden Sonntag eine viel größere Stimmenszahl erhalte als am 13. März. Im Anschluß an die Erfurter Versammlung reiste der Reichskanzler nach Weimar, wo er in der bis auf den letzten Platz besetzten Weimar-Halle stürmisch begrüßt wurde.

In Weimar wandte sich Brüning mit der gleichen Schärfe wie in Erfurt wiederum gegen nationalsozialistische Wahlkämpfer. Die Notverordnungen hätten mit dem „System“ nichts zu tun. Sollte die Reichsregierung die Notverordnungen nicht erlassen, dann hätte sie eine erfolgreiche Reparationspolitik nicht betreiben können. In dieser Hinsicht stehe allerdings ein System in den Notverordnungen.

## Hitler ist für die Putschvorbereitungen verantwortlich

### Das Material gegen Hitler vor einem preussischen Gericht

Die erste gerichtliche Würdigung des Nazi-Materials, das am Dienstag der preussische Innenminister Severing der Öffentlichkeit übergeben hatte, erfolgte am Mittwoch vor dem Amtsgericht Kiel. Zur Verhandlung stand der Antrag Hitlers gegen den Hauptstiftleiter der Kieler Volkszeitung Wurbs, dem durch Gerichtsbeschluß verboten worden ist zu behaupten, daß Hitler den Bürgerkrieg vorbereitet habe, Putschmanöver erlassen und den Führern der SA Befehle erteilt habe, Waffen und Lebensmittel zu requirieren und bei der Besetzung öffentlicher Gebäude auch die Rassen mitzunehmen. Das Urteil wird am Donnerstag verkündet.

Der Beklagte betonte, daß ihm der Legalitätsanspruch Hitlers in dem Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere durchaus bekannt sei. Ihm seien aber auch die zwei Entscheidungen des viersten Strafsenats des Reichsgerichts vom Februar und September 1931 bekannt, in denen die Illegalität mindestens eines Teils der Nationalsozialisten festgestellt worden sei. Bekannt sei ihm auch die Erklärung Hitlers im Februar 1931 zu München, daß in seiner Partei nichts geschähe, was er nicht wisse und wünsche. Daran müsse man denken bei der Beurteilung des Bogheimer Dokuments, dessen Verfasser sich nach heute der Protektion Hitlers erfreue und vor allem bei der Beurteilung des Materials über die Ergebnisse der Hausdurchsuchungen in Preußen und in Bayern. Hitler mache sich durch seine Erklärung ohne weiteres verantwortlich für alles, was in seiner Partei geschieht. Er sei infolgedessen auch verantwortlich für die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten vor dem 13. März. Für jeden Publizisten entstehe nach den Enthüllungen des preussischen Innenministers die Frage, was mehr gelte: die

von den Behörden beschlagnahmten Dokumente oder Hitlers Eid vor 1 1/2 Jahren. Jede politische Schlussfolgerung aus amtlichen Material werde unmöglich, wenn dem Antrag Hitlers stattgegeben werden sollte. Die Behauptung Hitlers, daß er Illegalitäten niemals in seiner Partei dulden werde, werde widerlegt einmal durch die Tatsache, daß die Verfasser der Bogheimer Blutdokumente noch heute unbestrittene Führer der Nazis seien, aber auch durch den Eid der Heines, der sogar ein besonderes Paraphernd der Nationalsozialisten sei. Nicht ein einziger der der Illegalität überführten Nazis sei bisher aus der Partei ausgeschlossen worden. Diese Tatsache habe im Dezember 1931 den Reichskanzler bemogen, die Legalität der Nationalsozialistischen Partei zu bestreiten. Das gleiche machten jetzt die preussischen und bayerischen Minister, sobald gegen deren unbestreitbare Beweise alle Legalitätsbehauptungen Hitlers verfallend. Hitler sei voll verantwortlich für die Vorbereitungen der Nazis zum Bürgerkrieg und sein Antrag sei deshalb abzulehnen.

Interessant war die Verteilung des Anwalts von Hitler, der immer wieder aufgeregt schrie, daß die Nationalsozialistische Partei die Echtheit der Dokumente und die Wahrheit der Enthüllungen des Ministers Severing bestreite. Viel schwerer als alles wiege der Eid Hitlers, der am Dienstagabend von Berlin aus eine weitere eidesstattliche Erklärung übermittelt habe, in der es heißt: „Ich, der unterzeichnete Führer der NSDAP, Adolf Hitler, versichere folgendes an Eidesstatt: ...“ Und nun erklärt er, daß die Angaben der Kieler Volkszeitung über die Bürgerkriegsvorbereitungen falsch seien. Er sei legal, er bleibe legal und auch seine Partei sei legal.

Das Urteil über den Antrag wird am Donnerstag verkündet.

## Schuldenwirtschaft und Rowdytum der Nazis

### Betroffene Nazis rebellieren selbst dagegen

Hannover, 6. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die hiesigen Nazis befinden sich trotz riesiger Zuzendungen in großer Geldverlegenheit. Die Rechnungen des ersten Wahlganges, die in die Hunderttausende gehen, sind noch nicht bezahlt. Die Lieferanten machen deshalb Schwierigkeiten. Mit Rücksicht auf die Geldverlegenheit hat die Nazi-Gauleitung inzwischen ein Rundschreiben herausgegeben, in dem erklärt wird, daß außer den vorgeschriebenen Versammlungen keine weiteren stattfinden dürfen.

Auch verschiedene Hauswirte, die seit Monaten in Erwartung des Dritten Reiches die Mieten für die zahlreichen Büros und Kavernen der Nazis gekündet haben, werden jetzt ungeduldig und verlangen Zahlung oder Räumung. Der Hauswirt in dessen Haus die Ortsgruppenleitung der Nazis in Hannover eine große Wohnung für Bürozwede gemietet hat, beantragt eine einstweilige Verfügung gegen die NSDAP, weil fast alle anderen Mieter im Hause, zum Teil ehemalige Offiziere und ähnliche Kreise, ihre Wohnung gekündigt haben mit der Begründung, daß sie den täglichen Belästigungen durch die SA-Männer nicht mehr ausgeht sein wollen. Auch in den Nachbarhäusern haben zahlreiche Mieter unter der ausbrechenden Verhärterung gekündigt, daß ihnen das rowdyhafte Treiben der SA-Banden nicht mehr passe. Die Hauswirte, zum Teil selbst Nazis, bestürmen nun ihre Kollegen, das Nazibüro schleunigst zu entfernen.

## Schwerer Reinfall der SPD

Sportpalast bei SPD-Rundgebung leer

Die Berliner Kommunisten veranstalteten am Mittwochabend in dem größten Berliner Saale, dem Sportpalast eine Wahlkundgebung, die außerordentlich schwach besucht war. Die Versammlung wurde bald nach Beginn aufgelöst, weil die Versammlungsleitung einem polizeilich nicht gemeldeten Redner, einem Chinesen, das Wort gab.

Eine von den Nationalsozialisten im Berliner Kriegervereinshaus veranstaltete Versammlung wurde ebenfalls aufgelöst. Als sich der Naziredner in beleidigenden Äußerungen gegen den Reichskanzler wandte, wurde er von dem Überwachungsbeamten verhaftet. Daraufhin begannen

## Werdegang und Leben eines Sozialdemokraten

Von Franz Feldmann-Langenbielau

Niemand darf sagen, daß auch nur ein einziger einen Mißlingen irgendwelcher Art begangen hat. Mit ruhiger Ueberlegung wurde der Kampf bis zum Siege fortgeführt. Dem Landrat wurde gesagt, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen und wir nur unsere gesetzlichen Rechte schützen, die wir uns nicht nehmen lassen. Diese innere Geschlossenheit im Eulengebirge und in der Provinz Schlesien hat mit zum Siege über die Diktaturgeführt. Die verjämte Arbeitszeit mußte von den Unternehmern auf Anordnung der Regierung bezahlt werden.

Für mich bedeutete der Rapp-Putsch eine starke Anstrengung. Am Dienstagabend nach dem Putsch fuhr ich auf Wunsch der Parteigenossen nach der Nationalversammlung, die in Stuttgart tagte. Das war eine hohe Fahrt! Mittwoch früh kam ich in Berlin auf dem Schlesischen Bahnhof an. Der Zug ging nicht weiter. Die Eisenbahner hatten Order, den Zug halten zu lassen. Das Publikum bewahrte sich, insbesondere ein Offizier war sehr angehalten. Der Bahnbeamte erklärte, daß er nach der Vorkehrung handle. Der Offizier meinte, daß auch er Disziplin halten müsse, womit er seine Stellungnahme andeutete. Ich sagte ihm, daß er die Verfassung zu halten habe. Dem Beamten, der der Streikparole folgte, durfte er keine Vorschriften machen. Zu Fuß ging es weiter durch Berlin, wo die militärische Macht überwog, wo mit dem Vorkauto diejenigen befördert wurden, die sich auch nur im geringsten bemerkbar machten. Die Gefangennahme war ihr Los.

Vom Besuch einiger persönlicher Freunde abgesehen, waren in Berlin keine Verbindungen zu bekommen. Nach auswärts war es schwer zu reisen. In der Kammer eines Freundes mußte ich übernachten. Gegen den Abend wanderte ich nach dem Anhalter Bahnhof, in Begleitung meiner Tochter Frieda. Vor dem Eingangs fand ein Schuppedeamer, der mir nach längerem Verhandlungen das Betreten des Bahnhofs gestattete. Meine Tochter blieb draußen, wo man zu meinem Kinde sagte: „Jetzt haben Sie Ihren Vater verloren!“ Dieser Gedanke ist mir nicht gekommen,

ich ging darauflos, pochte auf meinen Ausweis für die Nationalversammlung und verlangte freie Fahrt nach Stuttgart, wo die Versammlung tagte. Mir wurde gesagt, daß der Justizminister Heine bald auf dem Bahnhof antommen würde, dann würde ein Zug abfahren. Das war richtig, ich habe ihn auch begrüßt, aber das nützte nichts. Erst später ging ein Zug in der Richtung nach dem Süden. Die Zeit wurde mir lang, ungehindert konnte ich meine Tochter nach dem Warteraum holen. Es wurde spät, als die Abfahrt begann. Die Berliner Abgeordneten waren, wie ich in Stuttgart erfuhr, meistens in Berlin geblieben. In tiefer Nacht kamen wir in Halle an. An Schlaf war nicht zu denken; in starken Schüben, mit Bagonetten bewaffnet, mit Stahlhelmen bedeckt, kontrollierten fortwährend Soldaten den Warteraum.

Anderen Tages begann die Weiterreise von Station zu Station; fast überall langer Aufenthalt. In Weisensele, wo ich erst kurz vorher in einer Volksversammlung über die Stadtverordnetenwahlen gesprochen hatte, erzählten mir die Ortsbeamten, daß von der hochgelegenen Burg auf die Bevölkerung geschossen worden sei. Tote lagen da. Die Erregung war aufs äußerste gestiegen. Wir konnten nicht den Bahnhof verlassen; er war abgesperrt.

In langsamem Tempo ging die Fahrt von Weisensele weiter, bis wir in Erfurt anlangten. Nächtliche Pausen waren dabei eingeschlossen. In eigentlichen Schlaf war bei der ganzen Tour nicht zu denken. In Erfurt wütete in einzelnen Stadtteilen noch der Kampf; ein Verlassen des Bahnhofs wurde auch hier nicht gestattet. Schließlich setzte ich aber doch die Maschine wieder in Bewegung; zögernd wurde gefahren, weil der direkte Weg nicht frei war; über Jena wurde dem weiteren Süden zugestrebt. In Stuttgart konnte ich dann noch einigen Fraktionsführungen beizukommen.

Von Stuttgart ging es auf weiteren Umwegen (über Hannover) nach Berlin. Beim Bahnhof Jena begrüßte uns der Anführer der Maschinenwehren; noch hatte in Berlin das Militär die Gewalt. Im Reichstage traf ich einige Parteigenossen unter ihnen Pfanzen. Man sprach über die Situation und trennte sich dann. Nicht lange danach trug mich die Bahn wieder in das Eulengebirge. Bald kam es der letzten Zusammenkunft des Rapp-Putts konstatiert werden.

Der „Proletarier“ entwickelte sich heute schon zu einer höheren Anlage wie die „Volksmacht“. Dann kamen die Parteigründungen mehrerer Parteiführer, und so gingen uns die Abenden in Leipzig, Götting, Götting, Götting, Götting,

Waldburg usw. natürlich allmählich verloren; wir waren darauf angewiesen, unser eigenes Interessengebiet stärker zu bearbeiten. Das Wort „Proletarier“ stammt aus dem alten Rom, es bedeutet: ein Nichts- oder Wenigbesitzender. Der „Proletarier aus dem Eulengebirge“ war bei seiner Gründung ein Proletarier; aber auch dieser Proletarier hatte sich bis zum Kriege einen genügenden Reservefonds angeeignet.

Der Krieg fraß so manches auf, und nachher verlegte ihm die Inflation den Rest. Wir waren kein Blatt mit eigener Druckerei. Wir hatten keine Arbeiter, die bald bezahlt wurden. Wie andere bloße Verlagsgeschäfte mußten auch wir ein paar Wochen das Erscheinen des Blattes einstellen.

Der alte Kämpfer lag am Boden, aber er war nicht tot; er machte wieder auf nach einigen Wochen. Erst kam er einmal, dann zweimal, dann dreimal in der Woche; „Volk und Zeit“ wurde beigelegt; eine Vergrößerung des Umfangs wurde mehrmals vorgenommen.

Die Zeit des Wiederaufbaues des „Proletarier“ war eine heroische. Die Angeketteten des „Proletarier“, die freiwilligen Kämpfer des „Proletarier“ arbeiteten zunächst vollständig unisono. Was da von den beteiligten Genossen geleistet worden ist, ist stets von der Parteipresse gewürdigt worden. Nach Kriegemir darüber die verbleibenden Kräfte vor. Auch Erwin Barth, der frühere Vorsitzende des Vereins Arbeiterpresse, hat meine Wirken durchaus anerkannt.

Die unermüdete Arbeit der Parteigenossen hatte dem neuerrichteten Kämpfer bald wieder einen Reiz. Reservefonds verschaffte. Der Kämpfer wuchs wie ein neugepflanzter Baum, seine alten Freunde strömten wieder zu, und bald hatte er sich erneuert. Die Zeitung wurde wieder ein weitverbreitetes Organ geworden. Seit Ende 1928 endete auch meine Tätigkeit als Herausgeber des „Proletarier“; ich kam in den Ruhestand, aber solange es noch alles noch, was die Partei betrifft. Sei meinem Austritt war ein Reservefonds vorhanden, der sich schon schon lassen konnte und mit dem ich weiterarbeiten ließ. Neben die weitere Entwicklung der Partei, die ich als meine Aufgabe. Es wird weitergearbeitet werden und es muß für alle gelten, was wir unter dem Sozialismus verstehen.

Darum ist zu empfehlen, So die Jungen wie die Alten, Dann ist uns der Sieg gewiß. (Schluß)







Breslauer Nachrichten

Die Breslauer Staubplage

Welche Bekämpfungsmassnahmen kommen in Frage

Ueber die Staubplage in Breslau ist schon viel gesprochen und geschrieben worden...

Zur Herbeiführung einer wirksamen Abhilfe dienen in erster Reihe die der Staubbildung vorbeugenden Massnahmen...

Die der Staubentwicklung vorbeugenden Massnahmen sind durch Ortstatut und Polizeiverordnung festgelegt...

Die Vorschriften über Straßeneinigung werden besonders in der jetzigen Jahreszeit von den Hausmeistern oder Beauftragten der privaten Grundstückeigentümer oft gar nicht oder nur unzureichend beachtet...

Die Straßeneinigung hat mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage der Stadt eine Einschränkung erfahren müssen...

Drei Geldschrankeinbrecher festgenommen

Der Einbruch in der Kreisstelle des Wohlfahrtsamtes aufgeklärt

Am 16. März war in den Kassenraum der Kreisstelle V des städtischen Wohlfahrtsamtes in der Polener Straße ein Einbruch verübt worden...

Der Kriminalpolizei ist es nun gelungen, die Einbrecher zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um einen 24jährigen Arbeiter L., den 25jährigen Kutsher S. und den 20 Jahre alten Angestellten H. Einer der drei, die alle arbeitslos waren, ging auf die Kreisstelle des Wohlfahrtsamtes und hat die Gelegenheit näher ausgenutzt...

Auch eine Goldwarenfundin

Borqueltern nahm die Kriminalpolizei eine arbeitslose Verkäuferin fest, die seit Dezember vorigen Jahres 13 Tadelndiebstähle in Goldwarengeschäften verübt hat...

Mit Häuten traktiert

Heute nacht gegen 2 Uhr kam es in einem Lokal in der Lohstrasse zu Handgreiflichkeiten zwischen einem Kraftwagenführer G. und einem Ladierer U. Der erste, der mit der Prügelei anfangen wurde von seinem Widerpart schließlich mit Faustschlägen in Empfang genommen...

Opfer der Gasvergiftung

Wie am Montag berichtet wurde, hatte in der Nacht zu Sonntag ein Ehepaar in der Grimmstraße die Gasöhne geöffnet und war nicht seinen beiden kleinen Kindern am Sonntag früh bemutlos aufgefunden und ins Krankenhaus eingeliefert worden...

Neue Werbung für Breslau

Im April fünfzig besondere Veranstaltungen in Breslau. Der Verkehrsverein Breslau und das Verkehrsamt der Stadt Breslau bringen seit dem 1. April allmonatlich Werbeblätter für Breslau heraus...

Geschäftsbericht der Städtischen Sparkasse

Ueber 83 Millionen Spareinlagen - Zahl der Sparrer um rund 10 000 vermehrt - Täglich über 5000 Buchungsfälle - 1/2 Millionen Ueberschuß trotz des Krisenjahres

Die Städtische Sparkasse zu Breslau legt nach Genehmigung der Ueberwachungsbehörde durch die städtischen Körperbehörden, wozüber wir kürzlich berichtet haben, ihren Geschäftsbericht für 1931 vor...

Der Spareinlagenbestand

beträgt nach den beispielsweise Wirtschaftserklärungen des vergangenen Jahres 85,4 Millionen Reichsmark, bleibt also nur um 4 Prozent hinter dem Betrage zu Jahresbeginn, nämlich 88,8 Millionen Reichsmark, zurück...

Der Jahresbericht gibt einen Rückblick über die Krisenwirkungen des Jahres 1931, wie sie sich im Geldverkehr ausgewirkt haben. Die großen Anforderungen, die infolge der Bankkrise am 13. Juli und in den folgenden Wochen und Monaten auch an die Sparkasse gestellt wurden und die sich allein am 13. Juli auf 2,2 Millionen Reichsmark belieferten, konnten von ihr ohne Schwierigkeiten befriedigt werden...

Die Zahl der Sparrer

ist um 9241 gestiegen. Auf das einzelne Sparbuch entfallen 394 Reichsmark, auf den Kopf der Bevölkerung 135,99 Reichsmark. Auf jeden dritten Einwohner kommt ein Sparbuch bei der Städtischen Sparkasse.

Die Bewegtheit der Zeit drückt sich auch in bedeutender Steigerung der Buchungsfälle aus. Es sind 1.534.000 Buchungsfälle, also täglich durchschnittlich 5065 Posten, im Sparbetrieb erledigt worden. Buchungen im inneren Verkehr sind hierbei nicht mitgezählt. In der Giroabteilung fanden bis zu ihrer Ueberleitung auf die Städtische Bank am 17. Oktober außerdem 634.000 Geschäftsfälle statt mit einem Umsatz von 522 Millionen Reichsmark.

In das Berichtsjahr, das 110. seit Bestehen der Sparkasse, fällt als bedeutendes Ereignis die Ueberführung aus der früheren unzulänglichen Räumlichkeiten der Hauptstelle nach dem Haupthaus am Ring, in dem für den Betrieb neueitliche und zweckmäßige Räume für den Sparrer eine wesentlich verbesserte Abfertigungsmöglichkeit geschaffen sind. Gleichzeitig ist die Giro-

abteilung der Städtischen Sparkasse mit je 8,00 Millionen Reichsmark Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Städtische Bank übergegangen, die in den gleichen Räumen untergebracht ist.

Unter gemeinsamer Leitung

werden beide Anstalten von besonderen Kuratoren und bei laienmäßigiger und betriebswirtschaftlicher Selbständigkeit nach wie vor getrennt verwaltet. Betriebswirtschaftliche Vorteile werden erzielt durch Gemeinsamkeit zentraler Abteilungen, wie der Prüfungsabteilung, Verwaltungsabteilung, Kreditabteilung usw. Die Nebenstellen der Sparkasse leisten Dienste auch für die Städtische Bank und umgekehrt. Beide Anstalten bleiben auch laienmäßig streng getrennt von der übrigen städtischen Verwaltung, insbesondere ist durch Geheh und Säkung für die Sparkasse jede Vermischung des Sparkassenvermögens mit dem sonstigen städtischen Vermögen ausgeschlossen.

Im Hypothekengeschäft

konnten im abgelaufenen Berichtsjahre noch 3,18 Millionen Reichsmark ausgeliehen werden. Von insgesamt 25,1 Millionen Reichsmark Hypotheken sind 14,9 Millionen Reichsmark für den Wohnungsneubau gegeben und damit 2406 Wohnungen erstellt worden.

In der Aufwertung

ist weit über das gezielte Vorgezeichnete hinaus den Anträgen der Altsparrer entsprochen worden. Hierbei sind 2,5 Millionen Reichsmark zur Auszahlung, größtenteils allerdings zur Wiederanschaffung auf Reichsmarksparsparbuch gelangt. Der Bestand belief sich noch auf 142.539 alte Sparkonten mit 3,13 Millionen Reichsmark.

Die Hausparkasse

verfügt über einen Bestand von 57 Hausparkassentagen mit 692.000 Reichsmark. Es haben drei Auslosungen über 20.000 Reichsmark stattgefunden.

Die Schauptung ihres Spareinlagenbestandes, ungeachtet der schweren Notzeit, die Steigerung der Geschäftstätigkeit und die Zunahme der Sparrerszahl bezeugen die außerordentliche Vertrauensgrundlage, deren sich die Städtische Sparkasse erfreut.

Sie schlägt nach den üblichen Abzinsreibungen mit einem Ueberschuß von 757.361,57 Reichsmark ab,

der zur Stärkung der Rücklagen und zum Teil auch für wohltätige und gemeinnützige Zwecke Verwendung finden wird, wie bereits berichtet.

Wie wohne und bekleide ich mich?

Die Ausstellung „Heim und Mode“ im Messehof vom 9. bis 24. April

Trotz der schweren Krise, in der sich die gesamte deutsche Wirtschaft, namentlich aber das schlesische Wirtschaftsleben, befindet, ist die Beteiligung an der Ausstellung „Heim und Mode“ seitens der Aussteller ungewöhnlich stark.

Es wird viele geben, die der Meinung sind, daß unsere Zeit mehr unter dem Zeichen „Arbeit und Brot“, als unter dem von „Heim und Mode“ stehen sollte. Aber schließen sich diese beiden Formulierungen oder Schlagworte gegenseitig aus? Bei einiger Ueberlegung wird man zugestehen müssen, daß durch eine Ausstellung, die sich so bedeutende Probleme, wie die Wohnung und die Kleidung zum Inhalt gewählt hat, wertvolle Anregungen in reicher Fülle gegeben werden können. Man wird also gerade im Sinne der Devise „Arbeit und Brot“ unsere Ausstellung nur begrüßen können. Man braucht kein unverbesserlicher Optimist zu sein, um daran zu glauben, daß durch die Ausstellung zahlreiche Geschäfte neu angebahnt und also, was in unseren Tagen das Notwendigste ist, die Wirtschaft belebt wird.

Die Wohnungsfrage

durch Bürger oder Aufsätze hören zu wollen, ist hoffnungslos. Die große Öffentlichkeit kann nur durch die Praxis aufgeklärt werden. Die Landesgruppe Schlesien des Bundes Deutscher Architekten und die Arbeitsgemeinschaft Breslauer Architekten haben sich herbeilässig in den Dienst dieses Gedankens gestellt. Es werden von der „Wohnlaube bis zum Eigenheim“ die verschiedensten Lösungen gezeigt. Pläne und Lichtbilder mit Angabe der Baukosten für die jetzigen und viel diskutierten Bauaufgaben. Kleinstenheime, Stadtbrandriedlung, Wohnendes Haus, ländliche Siedlung, alles Aufgaben, bei denen mit einem Minimum von Baukosten die Wohnbedürfnisse befriedigt werden sollen, werden behandelt und zwar in einer Auffassung, die aus der Notwendigkeit der Lebensumstellung, aus der Arbeitslosigkeit und aus der notwendigen Umsiedlung die richtigen Folgerungen zieht.

Unter dem allgemeinen Niedergang leidet besonders auch die Forst- und die Holzwirtschaft. Die deutsche Erzeugung steht gegen das ausländische Holz in einem scharfen Wettbewerb; immer größerer Verdriss dringt über die gesamte forst- und holzwirtschaftliche Welt herein. Demgegenüber haben die beteiligten Kreise bisher viel zu wenig an eine tatkräftige Werbung für den Werkstoff Holz gedacht. Das soll anders werden. Die Arbeitsgemeinschaft Holz zeigt darum im Rahmen der Ausstellung eine Loselreihe über die Verwendung des Holzes. Alle Zweige der Holzverwertung werden in bildmäßiger und graphischer Form mit Zeichnungen, Photomontagen und Modellen erläutert. Insbesondere werden Fachschulen die Abteilung „Holzbau - falsch und richtig“ und die dort befindliche Sammlung von Modellen aus dem Holzbau mit Gewinn studieren. Von ähnlichen Gedankengängen ist die Abteilung

„Wohnen - falsch und richtig“

durchdrungen. Durch Gegenüberstellung von Fehlern gewinnt man hier einen Ueberblick, wie man Wohnungen richtig einrichtet

oder umändern sollte. Wir sehen auch, wie aus alten Möbeln neue entstehen können. Wir sehen Fernermobile, Aufbaumöbel, eine Bettenkammer, ein und jetzt, eine Kinderstube und eine Reihe von Beispielen, wie man es anzufangen hat sich mit schmalem Geldbeutel eine behagliche Wohnungseinrichtung zu schaffen.

Die Folgerungen aus diesen neu gewonnenen Erkenntnissen kann man dann in der Abteilung der Möbelindustrie ziehen, in der man die zweckmäßige Auswahl je nach seinen Bedürfnissen treffen kann. Glaube niemand, daß hier nur prächtige Luxusmöbel ausgestellt sind, ganz im Gegenteil, es wird auf die Not der Zeit und die gebotene Sparsamkeit weiteste Rücksicht genommen.

Was in der großen Abteilung „Technik, Geräte und Ausstattungshilfe“ alles ausgestellt wird, läßt sich nur in Einzelheiten aufzählen. Hier mag lediglich auf die Städtischen Betriebe und das Braunholzlaboratorium hingewiesen werden. Den weitaus größten Teil der Ausstellung nimmt die Abteilung

„Mode“

ein. Selbstredend zunächst die Mode unserer Tage, die von den bekanntesten Breslauer Firmen in den apartesten und schönsten Modellen gezeigt wird. Aber auch von der Mode vergangener Tage ist eine interessante, manchmal auch erheitende Kollektion zusammengestellt worden, an der sich namentlich das schlesische Museum für Kunstgewerbe und Altertümer beteiligt hat.

Allerlei Sondergruppen haben Anspruch auf das regste Interesse der Besucher, so namentlich die von der Landwirtschaftskammer für Niederschlesien aufgebaute Flachschau. Auch der schlesische Flachbau ist stark notleidend geworden; er ist nach der Inflation erheblich gesunken, nicht zuletzt deshalb, weil die Preise für das Rohprodukt seit 1923 so stark stiegen, daß aus dem Flachbau sich eine Rente nicht mehr herausrechnen ließ. In Ober- und Niederschlesien hat sich der Flachbau noch am besten gehalten, doch geht er auch hier ständig zurück. Zur Schau gestellt sind alle Entwicklungs- und Bearbeitungsstadien vom Samenfort bis zur Flachspinnung und von ihr über Köhflachs, Schwingschlags und Garn bis zum Fertigfabrikat.

Der benachbarte Saal hat die Edelpelztier der schlesischen Edelpelztierfarmen aufgenommen. Eine Anzahl Silberhühner, mehrere Netze, zwei Nutria, zwei Wachshühner, können hier in ihrem munteren Leben und Treiben beobachtet werden. Eine besonders schöne Kollektion netzartiger Felle zeigt den hohen wirtschaftlichen Wert der Pelztierfarmen.

Nach dem immerhin etwas ermüdenden Rundgang wird sich jedermann bei den leiblichen, geistigen und künstlerischen Genüssen der täglichen Mobeavorführungen, für die ein besonderer Saal geschaffen worden ist, erholen können.

Diese Fülle der Genüsse kann man sich für ganze 50 Pfennig erkaufen und hat dabei immer noch den Vorteil, mit der Eintrittskarte an der Ausstellungslaterie teilnehmen zu können, deren Hauptgewinn eine Wohnungseinrichtung zu 1000 Mark ist.

neuartigen tiefdruckähnlichen Verfahren geschmiedet. Darunter befindet sich ein kurzer Aufsatz über die Lebenswürdigkeiten und das Leben in Breslau. Die Rückseite des Flugblattes bringt unter dem Titel „Was bietet Breslau den Fremden im April“ eine Aufzählung der hervorragendsten Veranstaltungen, geordnet nach Ausstellungen, Theatern, besondere Konzerte, Vorträge, Sport. Für den April liegen nicht weniger als rund fünfzig besondere Veranstaltungen in Breslau vor, ein Beweis dafür, wie reges das Kulturleben Breslaus ist. Das Werbeblatt geht in einer Auflage von nahezu 10.000 bis 15.000 Stück allmonatlich heraus. Es geht an alle Kreis- und Verkehrsburas Deutschlands und auch an die Kreis-

und Verkehrsburas ausländischer Orte, von denen man annehmen kann, daß von dort ein starker Verkehr nach Breslau zu erzielen ist, ferner an eine außerordentlich große Anzahl von Hotels. Auch für den Einzelreisenden ist es von Wert, denn es läßt die Hauptveranstaltungen des Monats zusammen, so daß sich jeder an der Hand dieses Werbeblattes darüber unterrichten kann, was in Breslau an besonderen Ereignissen in dem jeweiligen Monat vorgehen ist. Das Werbeblatt ist schließlich auch in den Kreis- und Verkehrsburas Breslaus zu haben, so in der neuen Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau, Schwedritter Straße, Ecke Hummerer und auch in der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins im Hauptbahnhof, Verkehrsstraße.



Unser neuer Roman  
„Die Benzinstation“  
von Sinclair Lewis  
beginnt morgen

### Sechster Appell vor der Entscheidung

Darüber spricht Sonnabend, den 8. April, 20 Uhr, bei Anknüpfung, Breslau-Domitz, in

### Öffentlicher Rundgebung

Der Vorsitzende der Breslauer SPD, Ernst Zimmer,  
Kampfleitung der Eisernen Front für Groß-Breslau.

### Achtung, Sportler!

### Morgen zur Seering-Verammlung!

Wir treten um 19.30 Uhr im Ring der Jahrhunderthalle an.  
Sportkleidung mitbringen! Alles erdient! Folgt dem Ruf  
Eurer Bundesleitungen! Lohnt Euch von den Spaltern nicht  
irre machen!  
Die Kampfleitung der Sportler.

# WERTHEIM

Breslau Tauentzienplatz

## Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat!

### Räse u. Fette

Romadour	Stück	0.14
Camembert	Schädel	0.19
Ziogelkäse	Pfd.	0.23
Margarine u. Kokostoff	Pfd.	0.32
Griehenschmalz	Pfd.	0.54

### Wurstwaren

Schinken gekocht	Pfund	0.33
Blut- u. Leberwurst	Pfund	0.48
Sülzwurst hannov.	Pfund	0.72
Jagdwurst	Pfund	0.82
Braunschweiger Art.	Pfund	0.88
Krakauer	Pfund	1.04

### Frisches Fleisch

Kalbshaxe	Pfund	0.36
Pföckelbrust	Pfund	0.80
Eisbeine	Pfund	0.55

### Kolonialwaren

Bohnen, Linsen	Pfund	0.12
Eisen Pfd. 0.16, Vollreis Pfd.	0.14	
Eier-Schnittwadein	Pfd.	0.37
Pflaumen	Pfund	0.22
Röstkaffee Konsum-Misch.	Pfd.	1.82
Proben-Misch.	kräftig, rehm	2.28

### Maschinenfleisch

Schinkenbrust	Pfund	0.43
Schinken-Rohrippen	Pfd.	0.60
Schinken-Schmalz	Pfd.	0.68

### Konserven

Junge Schotenbohnen	1 Liter	0.35
Spinat, Kohlrabi	1 Liter	0.37
Junge Bohnen	1 Liter	0.39

Kirschen, Nektarinen	1 Liter	0.98
Aprikosen-Pulp	1 Liter	2.88
Frühjahr-Nektar	1 Liter	0.74

### Räucherwaren

Büchlinge	Pfund	0.21
Flundern	Pfund	0.28
Seelachs	Pfund	0.36

### Obst u. Südfrüchte

Apfelsinen	10 Stück	0.25
Apfelsinen lose	3 Pfund	0.48
Zitronen	Dutzend	0.32

### Fabweine

Cyber	1 Liter	0.60
Waldschnee	1 Liter	0.70
Rheinwein	1 Liter	0.75

### Geflügel, Wild

Gänse getrocknet	Pfd.	0.54
Walgahühner	Pfd.	0.58
Wildragout	Pfund	0.32

### Räucherspeck

Räucherspeck	Pfund	0.66
--------------	-------	------

### Amerik. Schmalz

Amerik. Schmalz	Pfund	0.39
-----------------	-------	------

### Zur Frühjahrsplanzung

Blaustaube	1 Liter	0.90
Schlingens	2 Stück	0.45
Waldschnee	1 Liter	0.58

Blauweizen	5 Stück	0.25
Blauer u. Weißer	6 Beutel	0.25
Schnee u. Erbsen	3 Beutel	0.25

## Der Moskauer Prozes

In dem Moskauer Prozes wegen des Attentats auf den Bolschewik Twardowski wurden die Angeklagten Stern und Wajssijew am Mittwoch zum Tode verurteilt.

Der Revolutionärschlag gegen den deutschen Bolschewikrat von Twardowski ist eine der merkwürdigsten Begebenheiten, die die an Rätseln so überreiche Geschichte der Sowjetunion aufzuweisen hat.

Der zweitägige Prozes, der mit dem Todesurteil gegen die beiden Angeklagten Stern und Wajssijew geendet hat, hat keinerlei Aufklärung über die Motive der Tat gebracht, obwohl sich die Sowjetregierung die größte Mühe gegeben hat, diese Tat propagandistisch für ihre Zwecke auszuwerten. Denn die Behauptung, daß durch diesen Anschlag auf einen deutschen Diplomaten — es sollte der Bolschewikrat von Dirksen selber getroffen werden und nicht sein erster Mitarbeiter — die diplomatischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland erschüttert und die Sowjetunion für einen Interventionskrieg zurecht gemacht werden sollte, ist von einer unglaublichen Naivität. Wenn der Attentäter, wie er es anscheinend selber zugibt, diese Folge von seinem Anschlag erwartet hat, so würde das nur ein Grund mehr sein, anzunehmen, daß er unzurechnungsfähig, ja schwachsinzig war. Eine solche Wirkung könnte vielleicht ein Attentat auf den englischen, den französischen, den japanischen oder den polnischen Bolschewikrat ausgelöst haben, warum aber ausgerechnet die Ermordung des deutschen Vertreters die Entente machte zu einem Interventionskrieg ermuntern haben könnte, ist unerfindlich. Oder glaubt jemand, daß etwa Deutschland einen solchen Krieg begonnen oder auch nur die diplomatischen Beziehungen zur U.S.S.R. abgebrochen hätte, weil sein Bolschewikrat offensichtlich durch einen Feind des Sowjet-Regimes ermordet worden wäre? Wenn das die gedankliche Konstruktion des Attentäters war, dann war sie blödsinnig. Jedenfalls war es die Konstruktion der von Krenko vertretenen Anklagebehörde. Aber das macht sie nicht im geringsten wahrscheinlicher und logischer, auch dann nicht, wenn sie sich auf die Behauptungen des Mitangeklagten Wajssijew stütze. Diese Behauptungen des Wajssijew sind umso rätselhafter, als Stern sich zwar zur Tat als solcher bekannt hat, aber energig bestritt, von Wajssijew dazu angezettelt worden zu sein. Dieser Mann, der sowieso nichts zu verlieren hatte, blieb hartnäckig dabei, daß er auf eigene Faust gehandelt hätte. Aber mit jener erstaunlichen Hartnäckigkeit, die man in früheren G.P.U.-Prozessen bei anderen Angeklagten schon beobachten konnte, blieb Wajssijew dennoch bei seiner Selbstanklage: er sei Sterns Anstifter und er habe in Verbindung mit ausländischen Hintermännern gestanden.

Nun sind beide Angeklagten zum Tode verurteilt worden. Ob sie beide erschossen werden, steht noch dahin. Auch wenn die Vollstreckung des doppelten Urteils offiziell gemeldet wird, so muß das noch lange nicht wahr sein, denn niemand weiß, was sich wirklich in den Kellern des Zentralgefängnisses der G.P.U. abspielen wird. Die offizielle Begründung des Wajssijew wäre das offizielle Eingeständnis, daß Wajssijew in diesem Prozes nur zum Schein die Rolle eines Angeklagten spielte, in Wirklichkeit unter einer Decke mit der Anklagebehörde steckte, um das behauptete „internationale Komplott“ zu befestigen. Wenn also eine Begründung erfolgt, wird sie bestimmt nicht gemeldet werden, sondern die russische Regierung wird im Gegenteil verkünden, daß beide Angeklagten erschossen wurden. In diesem asiatischen Diktaturstaat ist auf diesem Gebiet alles möglich!

In der Anklageschrift wurden alle Stellen, die sich präzise auf die ausländischen Hintermänner bezogen, stillschweigend durch Gedankenstriche ersetzt. Die Erörterung dieses Themas fand in geheimer Sitzung statt. Warum denn? Lüge ist nicht im dringlichsten Interesse des Sowjetstaates, das verbrecherische Treiben solcher ausländischen Terrororganisationen, die auf den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion hinarbeiten, vor aller Welt zu enthüllen? Diese Geheimnistuerei läßt aber den Verdacht auftauchen, daß dieser — nämlich der propagandistische — Teil der Anklage auf sehr schwachen Füßen stand. Man würde ja schon aus den Anspielungen in der öffentlichen Sitzung, daß die Anklage hauptsächlich Bezug nahm auf Verbindungen längst verstorbener oder erschossener Personen.

Die deutsche kommunistische Presse hat schließlich die Kasse aus dem Saal gelassen: das Attentat auf Twardowski ist das Werk der — zweiten Internationale! Denn Wajssijew stand in Verbindung mit einem polnischen Beamten im Warschauer Außenministerium Wjelowol Ljubariski, der Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei sei. Außerdem sei Paul Löbe kürzlich in Warschau gewesen. Folglich: Paul Löbe hat zur Ermordung des deutschen Bolschewikrats in Moskau angezettelt! So ungefähr müßte der gläubige Leser der kommunistischen Presse die sensationellen Enthüllungen seines Lieblingsblattes aufpassen.

Leider hat diese „Wahlschönheit“ verschiedene Lächer: 1. der Ljubariski — über dessen Verbindung mit Wajssijew ausschließlich von einer längst erschossenen Frau ausgesagt worden ist — ist gar kein Pole, sondern ein russischer Emigrant; 2. ist er gar kein Beamter des polnischen Außenministeriums, sondern früher einmal bei der polnischen Tabakmonopolverwaltung angestellt gewesen; 3. ist er niemals Mitglied der polnischen Sozialdemokratie gewesen. Somit stimmt alles!

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:  
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167 - 170  
Telefon Nummern 590 60 - 590 61  
Öffnet außer Sonnabend von 8-1 und 4-7 Uhr

Alle Diktirats- und Sturmlisten müssen Freitag 19.30 Uhr zur Gewerkschaftshaus im Borromäus der Jahrhunderthalle sein. Die Meldungen der Wahllokale müssen sofort im Sekretariat abgegeben werden. Allgemeine Veröffentlichung erfolgt am Sonnabend.

Die Einreichung des Diktirats ist nach dem Parteiparteitag von einem ihmenden Diktirats im Gewerkschaftshaus abgeholt worden. Es wird gebeten, die Fahne im Partei-Sekretariat wieder abzugeben.

Diktirats 2. Donnerstag, den 7. April, 17 Uhr, treffen sich alle Flugblattverleiher bei Koster, Komandiratsche 27.  
Diktirats 3. Freitag, den 8. April, beteiligen sich alle Genossen, besonders die Frauen, bei der Einreichung der Genossenliste am 17 Uhr.  
Diktirats 4. Heute 20 Uhr Funktionär-Versammlung bei Ubrich, Kleinauer Straße 10, Materialausgabe. Die Redatoren erscheinen bereits um 19.30 Uhr.  
Diktirats 5. Heute 17.30 Uhr Flugblattverbreitung bei Borinck, Mehlgasse 33.  
Diktirats 6. Donnerstag, den 7. April, 20 Uhr, bei Ubrich, Völkers 10, außerordentliche Diktiratsversammlung.

Diktirats 7. In der heute von 17 Uhr an von Jentes Lokal aus stattfindenden Flugblattverbreitung müssen sich alle Genossen beteiligen.  
Diktirats 8. Donnerstag, den 7. April, 20 Uhr, bei Koster, Herberstr. 17, außerordentliche Diktiratsversammlung.

Diktirats 9. Donnerstag, den 7. April, 20 Uhr, bei Nau, Schmalzstr. 1, Diktiratsversammlung. Redner: Genosse E. Zimmer.  
Diktirats 10. Donnerstag, den 7. April, 19 Uhr, bei Jirter, Neumarkter Straße 1, Deutsch-Öffn. Bildungsabend. Redner: G. Löbe: „Aktuelle Tagesfragen“.

Diktirats 11. Donnerstag, den 7. April, 20 Uhr, bei Koster, Garlick, Diktiratsversammlung.

### Sozialistische Arbeiterjugend

Heute 20 Uhr Funktionärversammlung im Gewerkschaftshaus. Oben erscheinen bereits im Laufe des Tages im Büro.  
Heute 4. Heute 16.30 Uhr am Dienstag, dann ins Diktiratslokal, Freitag 16.30 Uhr Dienstag.

### Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Zur Erlernen Front-Kundgebung am Freitag, 19. April, werden für erworbene Jugendliche Karten zur Verfügung. Abzugshotel im Zimmer 167 des Gewerkschaftshaus.

### Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Achtung, Kasse! Heute ab 19 Uhr Abrechnung. Zimmer an der Tafel im Gewerkschaftshaus erfüllt.  
Hilfswortelament. Sonnabend 17.30 Uhr im Zimmer 143 des Gewerkschaftshaus Parliamentshaus.  
Mittwoch 4 (Mittwoch). Heute Jung- und Kolonnen um 17 Uhr in der Kaderbesprechungs Probe. Nachmittags um 16 Uhr ab. Freitag alle Jollen Kaderbesprechungs Probe. Sonnabend alle Jollen Turnen, Probe.

### Monatliche Jugend

Heute 19.30 Uhr im Heim, Grünstraße 14/16, Arbeitsgemeinschaft über die heutige politische Lage und welche Stellung muß die proletarische Jugend dazu einnehmen?

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielleute Nord, Ost, West. Morgen 18.30 Uhr Wetreten mit Instrumenten am Bühnenplatz.  
Schauspiel. Morgen 18.30 Uhr mit Instrumenten am Bühnenplatz.  
Schauspiel. Sonntag 19.30 Uhr Antreten bei Freilicht in Scholimig nach Wollanowitz.  
Kaderbesprechung. Sonnabend, 9. April, Antreten aller Kameraden mit Kader und Lampe 18.30 Uhr. Platz der Republik. — Abstellung Ost. Sonnabend, den 9. April, Antreten 18.45 Uhr mit Kader und Lampe am Hauptplatz.  
— Abstellung West und West stellt sich bei notwendigen Antrittspunkten.  
— Abstellung Ost (Kader). Die für morgen angelegte Monatsversammlung fällt wegen der Gewerkschafts-Rundgebung aus.  
Schauspiel. Heute haben der Spielleute in der Kaderbesprechung mit Instrumenten.  
Spielleute. Heute 20 Uhr im Jugendheim des Gewerkschaftshaus Probe.

Das rätselhafte Attentat auf Twardowski wird wohl niemals aufgeklärt werden. Das einzige, was klar ist, das ist, daß dieser Anschlag zu einer protesten Seite gegen die Sozialdemokratie ausgeht werden sollte. Doch war freilich diese Seite so dumme aufgezogen, daß sie bei allen halbwegs vernünftigen Menschen nur Gelächern auslösen wird.

### Früh übt sich, wer ein Meister werden will

Als Frischling 5 Jahre alt war, gab er auf die Frage, was er werden wolle, ohne Zögern immer nur eine Antwort: „Bankdirektor!“  
Daran mußte Mutter denken, als sich der heute neunjährige Frischling in einer traulichen Stunde an sie heranschmeichelte. „Mutter, ich möchte sooo gerne einen Fußball!“ — „Aber Kind, Du weißt doch —“ — „daß Du kein Geld hast. Ja, aber Mutter, wenn er kein Geld kostet?“ Die Mutter sah ihn neuig an. „Schau, Mutter, ich habe mir ausgerechnet: Wiania-Deillette-Seife brauchen wir alle, nur Seifenstücke brauchst Du für unsere neuen Gardinen und die Strümpfe, Sunlight-Seife und Suna brauchst Du für die große Wäsche und Wim kannst Du doch für alles verwenden: für das Geschir, den Schrank, die Fenster, das Besteck, den Fußboden, sogar unsere neuen Schleiflammel kannst Du damit putzen! Wenn Du nun immer nur diese Sunlight-Reinigungsmittel kaufst, und ich sorgsam alle Sunlight-Gutscheine sammle, die auf den Packungen angebracht sind, dann habe ich bald so viele Gutscheine, daß ich dafür den Fußball bekomme.“ — Mutter freute sich über den klugen, früh entwickelten Geschäftssinn ihres Schönlings und nahm sich vor, ihn in seinen Berechnungen nicht zu enttäuschen.

## Theater und Musik

### 10. Abonnements-Konzert

An der Spitze stand ein junger Mann Josef Haydn, auf welches nicht erst das Gedächtnisjahr aufmerksam zu machen hatte, denn die für die Londoner „Solomon-Konzerte“ geschriebene D-Dur-Sinfonie gehört ja immer schon zum ewigen Bestand unserer Konzertsäle. Die Komposition verleiht nicht den Ruhm des gelehrten Meisters, wird aber von Publikum stets mit besonderem Vergnügen angenommen, vor allem hat es ihn der zweite Satz angeht. Hier erinnern die Fingier-Begleitfiguren der Celli und Kontrabässe an das Tiden eines Perpendikels, eine Aufgabe, die dazu geführt hat, dem ganzen Werk die programmatische Bezeichnung „Die Uhr“ zu geben. Dieses Andante insbesondere also enthält stets von neuem die Hörer und Zuhörer auch in der Wiedergabe durch Professor Dohrn am feinsten ausgegearbeitet.

Außerordentlich günstig gefallene sich das Programm dieses Abends durch die zentrale Einordnung des Josef Haydn zugehörigen Violinkonzerts in D-Dur von Brahms. Nur wenig große Künstler können wagen, das Werk, von dem die Franzosen meinen, es ist nicht zu überwinden, gegen die Violinen geschrieben werden, zu spielen. Freilich ist es nicht einfach, den Herantretenden der Solozustand zu folgen. Hat man aber erst die anfängliche Sprödigkeit überwunden, dann stellt sich auch jedes Gefühl des reinen Genusses ein, das dem Hörer so selten zuteil wird. Georg Kulenkampff meißelte das angesehene Schwierigste bietende Werk mit der ihm eigenen Kühnheit und einer Stärke des Gefühls, die von improvisierten Kräften bestritten werden. Wir sind ihm dafür dankbar, denn es gibt nur wenige Geiger, denen man mit so ungetrübtem Vergnügen zuhören mag, wie diesem jungen Professor der Berliner Hochschule. Was weiß man für ein lebendiger Ausdrucks-Praktischer Mann Professor Dohrn ist und fühlte dies auch wieder aus der Richtung und Erhebung der Orchesterbegleitung heraus. Wenn der Klang aber noch etwas gefährlicher gewesen wäre und die Halbsäulen, allen wenn die Orchester, im Klang wieder gefolgt hätten, wäre erst ein noch endlicher Schmelz zurückgeblieben. Rogers Variationen und Fuge über das bekannte Thema aus der Opernkomposition A-Dur Concerto, hier von dem jungen Mann mit einer so schönen, so klaren, so feinen Schärfe des Kontrastes durch Professor Dohrn bezeichnenswert vorgetragen.

## Regeln für den Theaterkritiker

Über wie ich manche Kritiker ihre Aufgabe denken, besonders in Bezug auf den alten Gebraucht Hauptmann

1. Gib dir, um Gottes willen, keine Mühe, den Dichter, dessen Werk du zu besprechen hast, zu verstehen. Es kommt ja doch nur darauf an, deinen Geist zu zeigen.
2. Es kommt bei der Beurteilung einer Dichtung nicht darauf an, welches Problem der Dichter behandeln wollte, sondern welches Problem dich interessiert. Interessierte den Dichter ein anderes Problem, so ist er eben unfähig.
3. Wenn ein Dichter Menschenwürde verletzt, die dir in der Wirklichkeit noch nicht begegneten, und wenn er etwas Jähliches für möglich hält, was dir selbst jählich nicht möglich wäre, so laßt er nichts. Geht das, was der Dichter gestaltet, über deinen eigenen Gesichtskreis und deine eigenen geistlichen Möglichkeiten hinaus, so schweigst er ins Absonderliche, denn dein jähliches Habitus ist natürlich das Maß aller Dinge.
4. Wenn dir um Gottes willen nicht die Dichtung genau zu lesen. Phantasie rühmt von atelangenem Drohen eines Schlaganfalles, auch wenn er in Wirklichkeit in dem Stück unendlich herzlich ist. Es kommt ja nicht darauf an, was der Dichter wirklich schrieb, sondern darauf, was dir zur Begründung deiner geistlichen Liebe dienen kann.
5. Verantwortlich ist nicht, daß die Sprache einer Person in einem Drama nicht die Sprache des Dichters ist, sondern Mittel zur Charakterisierung der Person, die da spricht, zumal in einem realistischen Drama. Denn solche Behauptungen sind nur laune Ausschüsse des Dichters. Es mag dabei auch nichts aus sein, wenn die anderen Personen des Stückes nicht so sprechen. Das ist nur eine der vielen Intonationsweisen, deren sich die Dichter bedienen können.
6. Urteile über eine neue Dichtung auf jeden Fall von dem physischen Standpunkt eines literarischen Beobachters aus. Dazu hat der Dichter seinen Boden unter den Füßen. Wie kann auch ein alter Dichter, der von anderer Zeit ist als die Situationskritiker der Literatur, so unerschrocken sein, zu verlangen, daß man die neuen jählichen Dichtern um jählichen Willen nicht verurteilt. Das heißt ja, daß man sich nicht immer alles nach den alten Regeln richten und daß man anderer Leute Standpunkt als der eigenen als schmerzhaft anerkennen würde. Das geht natürlich nicht. Für Situationskritiker ist Stabilität der geistigen Haltung Grundbedingung. Was sollte das auch führen, wenn ein Kapit seine Lehre immer wieder revidieren müßte?

führen, wenn ein Kapit seine Lehre immer wieder revidieren müßte?

7. Glaube im Seelischen nur nicht an das Außerordentliche. Denn das gerade im Seelischen immer wieder Dinge vorkommen, von denen sich unser aller Schulweisheit nichts träumen ließ, ist wieder nur eine lächerliche Ausrede sensationshungriger Stückelreiber. Vor allem ist ja auch alle Liebe eine handgelegte Sache und hat mit Seele gar nichts zu tun. Wie kann da ein junges Mädchen von vielleicht etwas über 20 Jahren einen alten Knacker von 70 lieben? Hui!
8. Es gehört sich so und ist nur ordentlich und richtig, daß jeder Dichter fest abgetempelt wird, und daß auch jedes Lebensalter und jede Schaffensperiode des Dichters einen solchen Stempel aufgedrückt erhält. Wie sollte sonst Ordnung in die Literatur gebracht werden? Wenn ein Dichter einmal in eine Periode der Ermüdung seiner künstlerischen Schaffenskraft eingetreten ist, so ist es eine Frechheit von ihm, plötzlich wieder neue Gestaltungsstrahl zu entfalten. Das geht gegen das Reglement, das ja gerade im Geistigen so unerlässlich ist, und muß deshalb von vorne herein als unmöglich außer Betracht bleiben.
9. Vor allem hat der Dichter immer hübsch dran bei der Stange zu bleiben. Wenn er in einem früheren Drama schon einmal die Liebe eines Geistes zu einem jungen Mädchen gestaltet und ihn damals die Frage interessierte, ob eine solche Liebe auf die Dauer bestehen kann, ob nicht nur die Verheiratung des Mannes, sondern auch die der Jungen nicht halb absterben wird, so hat er auch jetzt dieses Problem zu bearbeiten. Das Unverständliche an einem Dichter ist es, wenn er immer wieder neue und andere Probleme sieht und behandelt. Dann muß er in dem Kritiker zu, sich geistig unappetitlich. Was das ist doch eine Unerschämtheit! Außerdem macht er dann in seine jähliche Eingliederung in das für ihn bestimmte Schicksal unmöglich und gefährdet somit die Ordnung in der Literatur. Man sollte ihn wegen Gefährdung der (geistigen) Ruhe und Ordnung bestrafen. Das zu tun, ist aber die Aufgabe des Kritikers. Dazu ist er da, zu diesem Zweck schwingt er so jählichbewußt den Batel.

Das sind die wichtigsten Regeln, die der Kritiker bei seiner Kritik befolgen muß. Handelt er danach, so wird die Dichterschaft bei ihm als großen Kritiker bewundert.



# Arbeitsdienst beim Annabergbund

## Kostproben des Dritten Reiches in Magnit

Seit unserer Darlegung über die seltsamen Verhältnisse beim freiwilligen Arbeitsdienst des Annabergbundes erhalten wir mehrfach Schilderungen von Arbeitsdienstwilligen, die sämtlich aufzeigen, wie gefährlich die weitgehenden Vollmachten, die der Arbeitsdienstparagraf des Arbeitslosenvermittlungsgesetzes für die „Träger“ des Arbeitsdienstes schafft, sind.

Ein Erwerbsloser, einer der Millionen, die der Standesamtsschreiber Grunowicz kürzlich in so unerhörter Weise beschimpfte, schreibt uns aus seinen persönlichen Erfahrungen u. a.: Als wir die Ueberweisung des Arbeitsamtes hatten, begaben wir uns zum „Annabergbund“, der damals sein Büro noch in der Schweidnitzer Straße hatte. Dort mußten wir uns verpflichten, Mitglieder des Bundes zu werden, da wir sonst nicht eingestellt werden. Das kostete vorab eine Aufnahmegebühr von 0,35 Mark und einen Monatsbeitrag von 0,30 Mark, zusammen 0,65 Mark. Als Lohn für unsere Arbeit wurde uns unterschrieben zugesichert: 1. Arbeitskleidung, 2. freie Verpflegung und 3. wöchentlich 3 Mark Taschengeld. Dann begaben wir uns auf eigene Kosten nach Magnit bei Breslau in das Hauptlager. Dort wurden wir „eingesleidet“, d. h. wir bekamen selbstgegraue Uniform.

Die ersten drei Wochen waren die Verpflegung usw. zu unserer Zufriedenheit. Unerträglich hingegen das kasernenhaftige Schmarren des „Lagerkommandanten“ E. Wagner, der uns als seine Rekruten betrachtete und drillen ließ. Zur Weihnachtsbescherung mußten wir von Magnit bis Breslau-Gräbchen in das Lokal von Herrn Stolle (ca. 12 Kilometer) marschieren. Dort vollführten wir den Einzug vor den Gassen und Gönnern unter den Klängen des Fredericus-Rex-Marsches, welches Paradebares. Anschließend folgte der „mußikalische Teil“, wir sangen — ganz „freiwillig“ natürlich — Lieder, die man uns zuvor im Arbeitslager in besonderen Gesangstunden beigebracht hatte; so etwa sangen wir: „Ihr Sturmsoldaten, jung und alt“, „Deutschland, Deutschland über alles“, „Morgenrot, Morgenrot“, kurz nur Soldatenlieder. Dann kam das „Christkind“ in Form verschiedener rebedessener „Kameraden“ und beglückte uns mit ein paar Lefzeln und Küßchen. Zum Abschluß brüllte unser Lagerkommandant: „Stille Gestanden, Rührt euch — Stille Gestanden — Abzählen, jodaß wir versucht waren, in entsprechender Abwandlung zu singen: „Stille Nacht, heilige Nacht, alles schläft — nur unser Kommandant — der tracht!“ Nun hier es: „Im Gleichschritt — marsch!“ Und es ging — als besonderes Weihnachtsvergnügen — 13 Kilometer zurück nach Magnit. Kommandant sowie der Küchenchef G. Hmann kamen als Schluchtrup per Auto. Am 23. Dezember 1931 wurden fast alle „Kameraden“ bis zum 4. Januar 1932 ohne Entschädigung für Kost und ohne Taschengeld auf „Urlaub“ geschickt. Wenn wir richtig unterrichtet sind, forderte aber der Vorstand des Annabergbundes auch für diese Zeit beim Arbeitsamt die Zahlung der Unterstützung an. Vielleicht untersucht das Landesarbeitsamt einmal diese Vorgänge.

Nach Beendigung des Urlaubs wurde das Regime radikal geändert. Aus Essen wurde Fressen, statt Brotbelag bekamen wir „Karusellschmüre“ und außerdem jede Woche Abzug von unserem

Taschengeld. Der Drill wurde verschärft und das Gebrüll der „Untersoffiziere“ immer lebhafter, besonders das des Feldwebels F. Wende trat auch dabei hervor. Manchmal fiel die Brotverteilung weg, so daß einmal im Lager Koberwitz bis nachts 23 Uhr Kartoffelpuffer gebacken wurden. Die Kameraden mußten festhalten gehen, um zu essen. Wie zu Kriegsende wurden Spione im Auftrag des „Kommandanten“ ausgewählt, um die „Stimmung“ im Lager zu erfahren. Wurde ein Unzufriedener entdeckt, so wurde er vorgeführt und ihm gesagt: „Wenn du noch einmal die Leute aufreißt, kannst du sofort abhauen und ich (der Kommandant) werde dafür sorgen, daß du keine Unterstützung bekommst.“ Bei dem geringsten „Vergehen“ wurden Strafen erteilt; Urlaubssperre, Straftubendienst, Lokuscheuern usw. Die Arbeitswilligen werden mit „Rauerlügen“, „du Was“, „du Hund“ und ähnlich herzhaften militärischen Ausdrücken belegt. Daß uns die Lust zur Arbeit hier verging, war erklärlich. So sind wir getürmt. Doppelt so groß war die Empörung, als man erfuhr, daß am 11. März 1932 ein Bote in dem Büro in der Tauenkietstraße mit einem Wechsel in Höhe von 200 Mark für Anschaffung eines „Mercedes-Benz“-Wagens vorprach. Der Wagen war für den freiwilligen Arbeitsdienst Schließen „Annabergbund e. V.“ gekauft und der Wechsel von E. Wagner und S. Loos unterzeichnet. Dieser Kauf fand ohne Wissen der übrigen Vorstandsmitglieder statt.

Soweit die innere Organisation dieses seltsamen Unternehmens, das eigentlich nur aus einigen wenigen Mitgliedern einer Kameraden-Vereinigung bestand und nurmehr offenbar von künftigen und regimierten Leuten zu einer einbrünstlichen Unternehmung für billige Arbeitsleistung umgewandelt wurde. Wenn wir richtig informiert sind, hat auch der Revisor dieses Vereins seine liebe Not damit, die Spuren einer ordnungsmäßigen Buchführung festzustellen.

Daß in diesem Milieu politische Beeinflussung allgemeiner Art getrieben wird, haben wir schon mehrfach festgestellt. Aber es gibt auch genügend Gelegenheit zur direkten politischen Propaganda für das Dritte Reich, was den Landesarbeitsamtspräsidenten Götner bei seinen persönlich vertrauten Beziehungen zu dem jüngsten Hitlerpropagandisten, Wilhelm Söhnel, jedoch sicherlich nicht fördern, sondern höchstens zur Veranlassung dienen wird, diesem Bund noch weitere Arbeitsdienstunternehmungen zu beschließen. Nach dem ersten Wahltag war der Herr Feldwebel in Magnit sehr betrübt und äußerte zu seiner Mannschaft: „Es ist traurig, daß es noch soviel Dumme gibt, die Hindenburg wählen.“ Er war zwar auch der Meinung, daß im Dritten Reich nicht Milch und Honig fließen werde, aber „man würde doch mehr für die Bevölkerung übrig haben.“ Als sich eines Tages einige Dienstfreiwillige über das Essen beschwerten, erklärte der „Bundesführer“ freudlich: „Seid nur froh, daß Ihr solches Freßeln bekommt, wenn Silber Reichspräsident sein wird, werdet Ihr Katten zu fressen bekommen!“ Wohlgemerkt, das sollte Propaganda für Hitler sein!

Man inspektiert beim Annabergbund in holdher Gemeinschaft mit der SA wieder auf den Untertanengeist jener, die sich beseitigt fühlen, wenn sie von einem Untersoffizier herumkommandiert und des eigenen Denkens entbunden werden.

# Milde Strafen für Versteigerungsaboteure

Ein großer Nazi-Landvolk-Prozess um eine der bekanntesten Steuerfiktionalen, beschäftigt am Dienstag in zwölfstündiger Verhandlung das Liegnitzer erweiterte Schöffengericht. Auf der Anklagebank saßen sieben Gutsbesitzer usw. aus der Bunsauer, Löwenberger und Liegnitzer Gegend, die größtenteils ebenso wie ein Teil der 30 Zeugen, mit dem Hakenkreuz und in braunen Hosen vor Gericht erschienen. Die Anklage lautete auf Aufruhr und Ungehörigkeit, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verleumdung von Polizeibeamten usw.

Am 24. August 1931 sollten im „Kaiserhof“ in Bunzlau Rückstände des Gutsbesitzers Köppel aus Krojitz, die wegen rückständiger Steuern im Betrag von über 1000 Mark gepfändet worden waren, zwangsversteigert werden. Hierzu hatten Nazis und Landvolk ihre Anhänger aus der ganzen Umgegend auf Autos usw. herangeholt, jodaß den Hof des Gasthauses 200 bis 300 Personen füllten. Angesichts der drohenden Menge wagte niemand ein Gebot abzugeben. Gleich zu Beginn wurde verlangt, den Ton des zur Versteigerung stehenden Klavieres zu hören. Ein Mann setzte sich an dieses und spielte das Horst-Wessel-Lied, das die Menge und die SA-Leute laut mitsangen.

Als sich die Zwangsversteigerung auf diese Weise als unmöglich erwies, sollten die Möbel freihändig verkauft werden. Die nur zum Zweck der Verhinderung der Versteigerung erschiener Menge wurde von der Polizei dreimal aufgefordert, den Hof zu verlassen. Da sich niemand vom Platze rührte, mußte schließlich ein Kommando Götlicher Schutzpolizei eingesetzt werden und den Hof gewalttätig räumen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen fünf Angeklagte wegen Aufruhrs und Auflaufs je 6 Monate Gefängnis sowie gegen vier von ihnen wegen Verleumdung je 50 Mark Geldstrafe, gegen einen Angeklagten wegen Verleumdung 50 Mark Geldstrafe, gegen den letzten wegen Widerstandes zwei Wochen Gefängnis. Das Urteil, das nach 10 Uhr abends verlesen wurde, lautete gegen fünf Angeklagte wegen Auflaufs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf 2 Wochen 3 Tage bzw. in einem Fall 2 Wochen 1 Tag Gefängnis, drei von diesen Angeklagten wurden außerdem wegen Verleumdung zu je 60 Mark Geldstrafe oder 8 Tagen Gefängnis, einer zu 40 Mark oder 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Ein weiterer Angeklagter erhielt wegen Verleumdung 40 Mark Geldstrafe, der 7. Angeklagte wegen Widerstandes 3 Tage Gefängnis. Den beleidigten Polizeibeamten wurde Publikationsbefugnis zugesprochen.

## Im Spiegel der Sapler

### Wahlkampf gegen die SPD. beginnt mit Verleumdungen

Die SA bemüht sich, auf reichlich geschmacklose Art, vor den Kandidaten der Sozialdemokratie gaulisch zu machen, indem sie in weisheitsvoll marxistischer Weise des modernen Parteienwesens in Deutschland die Kandidaten

faschisten und der Sozialdemokraten in einem und mit fast den gleichen Worten „bemastert“. Sie versucht darzulegen, daß die Sozialdemokratie gar keine Arbeiterpartei mehr sei, weil auf ihrer Liste Ministerpräsidenten, ein Oberregierungsrat, Amts- und Gemeindevorsteher usw. kandidieren.

Es wäre bei der anerkannten Bedeutungslosigkeit der Spalterpartei bei den kommenden politischen Entscheidungen ziemlich überflüssig sich mit diesen Argumenten, deren Abwegigkeit wohl auch manchem SA-Funktionär bei ehrlicher Ueberlegung klar sein dürfte, auseinanderzusetzen, wenn man nicht zur gefälligen Bedienung der Nazipresse dabei eine üble Botschaft in Szene gesetzt hätte, die zudem von Sachkenntnis nicht getrübt ist. Von Erhard Janotta wird beispielsweise wider besseres Wissen, berichtet, daß er als Vorsitzender des Niederschlesischen Provinzialausschusses „wie Braun und Severing „Ezzenz“ tituliert“ werde, daß er in Breslau „eine Staatswohnung bewohne“ und in Trebnitz eine Villa besitze, überdies ein eigenes Auto habe, obgleich ihm ein Dienstwagen zur Verfügung stehe.

Zu dieser niedertüchtigen Spekulation auf Instinkte, die mit politischer Urteilskraft und Ueberlegung nicht das geringste zu tun habe, ist eine sachliche Richtigstellung nunmehr erforderlich. Genosse Janotta hat in Trebnitz ein Siedlungshaus, sowie es auch manche prominente SA-Genossen unseres Wissens haben oder haben könnten. Genosse Janotta wird natürlich ebensowenig wie Braun und Severing „Ezzenz“ tituliert, sondern im Gegenteil im Landeshaus ganz allgemein als ein höchst unerfreulich proletarischer Einbringung betrachtet. Ein Dienstwagen steht ihm natürlich nicht allgemein, sondern nur gelegentlich dienstlicher Erfordernisse im Landeshaus zur Verfügung. Seine „Staatswohnung“ im Landeshaus besteht aus zwei abgelegenen Zimmern, die von jeher für Uebernachtungen des Provinzialausschusses in Breslau freigehalten wurden. Hinsichtlich der Bezüge sowohl des Genossen Janotta wie des Genossen Kleinert-Klettendorf ist es wohl den maßgebenden Leitern der SA so gut wie unbekannt, daß für Abgeordnete Abgabepflichtungen und Sonderbesteuerungen innerhalb der Partei in hohem Maße bestehen. Wenn man an die Spitze der eigenen Liste einen Mann stellt, dessen Einkommensverhältnisse alles andere denn proletarisch zu nennen sind, so sollte man den Parteigenossen von vorgelegt, für die man selbst oft genug gestimmt hat, nicht einen Vorwurf daraus machen, daß sie gemäß gesetzlicher Bestimmung Diäten erhalten.

Es soll übrigens auch SA-Parlamentarier und Funktionäre in öffentlichen Körperlichkeiten geben, deren Einkommen das eines Erwerbslosen (die SA exemplifiziert in dieser Weise) erheblich übersteigen. Eine Partei, deren künftige Erwartungen über ein Landtagsmandat nicht hinausgeht, kann selbstverständlich mehr im Bezug stehende Personen auf eine Kandidatenliste setzen, als die Sozialdemokratie, deren Abgeordnete bei der Ausübung des Mandats nicht von Rückstuf auf das Arbeitsverhältnis beeinträchtigt werden dürfen. Wenn die SA, aber, um uns einen Einwand gegen ihren Spitzenkandidaten Ekstein

normer zu nehmen, Ekstein unterstellt, daß er „gefühlsmäßig und theoretisch mit dem Proletariat verwechselt“ sei, so kann man das selbe wohl mindestens von jenen Frauen und Männern behaupten, die im Dienste der Arbeiterbewegung Mandatare öffentlicher Ämter sind, die als Arbeiter ins öffentliche Leben traten und stets nur in enger Fühlung mit der Arbeiterklasse deren Interessen zu vertreten hatten.

Wenn der Artikelschreiber des Spalterblattes, statt dem Genossen Kleinert sein Einkommen vorzuwerfen, sich einmal nach Klettendorf begeben und bemerken würde, die Klettendorfer Verwaltung — einschließlich der Erwerbslosenbetreuung — mit der anderer Orte, in denen nicht Sozialdemokraten die qualifizierte Mehrheit besitzen, zu vergleichen, dann würde selbst er, vielleicht verstehen, warum man in der Sozialdemokratie darauf verzichtet, irgendwelche Büroangestellte aus einem befreundeten Verbandsbüro als Reklameprolet an unwählbare Stelle zu setzen.

## Aus der Umgebung

### Stadtverordnetenversammlung in Neumarkt

In der Stadtverordnetenversammlung vom 4. April waren sechs Magistratsmitglieder und vierzehn Stadtverordnete anwesend. Der Vorsteher gab zu Beginn die erfolgte Zinsentzug städtischer Darlehen bekannt. Dann wurde beschlossene, Fabrikarbeiter-Ausmittlung wird aus dem Pachterverhältnis einer Aue gegen Ueberweisung des von ihm errichteten Jaunes entlassen, Fleischermeister Schade hat sein Amt als Mitglied der Schlachthofkommission niedergelegt, an seine Stelle tritt Fleischermeister Kerber sen. Der Pachtervertrag der Kaltbadeanstalt wird mit dem Pächter Thomas auf ein Jahr verlängert, weiter der Preis von 1,60 auf 1,50 Mark per Zentner gesenkt. Für einen Siedler soll gemäß einem hierauf gerichteten Beschlusse eine Zinsentzug auf 7 Prozent erfolgen.

Für die Volksschulen werden die Ausgaben für 20 Schulbänke nach längerer Debatte auf Antrag Herrn Dr. Kurz bewilligt. Ein neuer Stromtarif für die städtischen Betriebswerke, welcher Ermäßigung für Kraft- und Hochstrom vorsieht, wird von der Stadtverordnetenversammlung anerkannt und der Verlängerung des Haushaltsplanes um ein Vierteljahr zugestimmt. Bei der Neuerpachtung des Katsellers erhielt Herr B. Klepka den Zuschlag, unter der Bedingung, daß er den Umbau des Katsellers unter festgelegten Bedingungen selbst durchführt. Die Genehmigung des Patronatsbittels für den Ausbau der evangelischen Kirche wurde nach längerer Aussprache verweigert, da über die Höhe der Patronatsleistungen noch Unklarheiten bestanden.

Aniegnitz, Kreis Breslau, Einquartierung in Sicht. Am Dienstag sollte Aniegnitz einen „großen Tag“ erleben. Es sollten gegen 100 Patienten einquartiert werden. Sämtliche Bauern hatten — ein Beispiel für die Not der Landwirtschaft — bereits bis zu 100 Kügel gefacht und im Gasthaus waren auf Wunsch der Bauern bereits die Kühe weiß gefacht worden. Zur festgesetzten Stunde war aber kein Nazi erschienen. Die Einquartierung wurde aufgeschoben verlegt und die Kügel waren umsonst gemacht.

Koberwitz, Berichtung. In unserem gestrigen Bericht aus der Gemeindevertretung haben sich einige stinkende Druckfehler eingeschlichen. In der 3. Zeile muß es Gemeindevorsteher Beck und nicht Ball heißen. — In der 7. Zeile muß es 41 Wohnungsjugend und nicht 4 heißen. — Der letzte Antrag von dem kommunistischen Abgeordneten Hoffmann und nicht Hoffmann eingebracht. — Desgleichen handelt es sich hier um Bewilligung einer Beihilfe zum Besuch eines politischen Prozesses am Amtsgericht (wie ich auch im Bericht bereits schrieb) und nicht einen Kurzus.

Borne, Kottoller bei der Gutsverwaltung. Als dieser Tage ein Landarbeiterkollege zu Grabe getragen wurde und hierzu verschiedene Abordnungen aus dem Kreise mit roten Fahnen erschienen waren, bekam unsere Gutsverwaltung wieder einmal den Kottoller und suchte mit allen Mitteln zu verhindern, daß derart irreführende Symbole mitgeführt werden. Die Gutsverwaltung könne jedenfalls an dem Begräbnis nicht teilnehmen, wenn rote Fahnen mitgeführt werden, worauf die Ortsgruppenleitung des DDB ihr antwortete, daß sie ruhig zu Hause bleiben solle, wenn sie das rote Tuch nicht sehen könne. Ueber seinen letzten Gang kann ja schließlich der Prolet nach selbst bestimmen. Das Begräbnis war auch ohne Gutsverwaltung eindrucksvoll, da sich ein machtvoller Zug von Genossen zusammengedrängten hatte und das Reichsbanner die Trauermärche spielte.

Maltitz a. d. V. Pleitemarj der Nazis. 71 Demonstranten zählte der faschistische Propagandamarsch am Mittwoch. Von auswärts zusammengeströmte Kräfte mußten herhalten, um überhaupt einen Umzug zu ermöglichen. Von den Maltitzer Nazis war ja gut wie niemand an dem Umzug beteiligt. Selbst den Führern fehlte es an Befehrmutter, sie waren nicht zu sehen.

## Sozialdemokratische Partei

### Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus Neudau, Zimmer 17a  
Telephon 5904, 5901  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 18-19 Uhr

### Öffentliche Versammlungen

#### am Sonnabend, den 9. April

- Hohlanowitz, Lokal Tenich, Redner Gen. v. Grumblov, und Genosse Wierich, Antritt 19.30 Uhr bei Freija, Schottwitz zum Umzug nach Hohlanowitz.
- Tonnawitz, Lokal Ahe, 20 Uhr, Redner Genosse Dr. Korn, Groß-Niedlig, Lokal Die, 20 Uhr, Redner Genosse Bürgermeister Machs.
- Aniegnitz, Krs. Breslau, Lokal Berndt, 20 Uhr, Redner Genosse Fränkel.
- Koberwitz, Lokal „Jur Krone“, 20 Uhr, Redner Genosse Gabriel.
- Herrmannsdorf, Lokal Gasde, 20 Uhr, Redner Genosse Schiffer.
- Kanth, Lokal „Marshall Blücher“, 20 Uhr, Redner Genosse Kleinerl M. d. L.
- Glockwitz, 20 Uhr, Redner Genosse Bläsche.
- Hünern, 20 Uhr, Redner Genosse Fritzsch.
- Aniegnitz Krs. Neumarkt, Lokal Stielmach, 20 Uhr, Redner Genosse Hubner.

## Sammeln Sie die Gutscheine von:

- SUNLICHT SEIFE Doppelpaket 27 Pf. Würfel..... 23 Pf.
- VIM Die Putzfrau in der Dose Doppeldose 35 Pf. Normaldose 20 Pf.
- LUX SEIFENFLOCKEN Doppelpaket 45 Pf. Normalpaket 27 Pf.
- SUMA Das moderne Waschmittel Originalpaket..... 36 Pf.

Atlantis die neue Toilette Seife zu 25 Pf.





Arbeit ohne Recht

Das Unternehmertum will vom Tarifvertrag los. Jedenfalls will es ihn so stark auflodern, daß von einem wirklichen Schutz der Arbeitskraft keine Rede mehr sein kann.

Insgesamt befreit sich die Zahl der unter Zuhilfenahme von Unterstützungsmitteln Beschäftigten, also die Zahl der Notstands-, Fürsorge-, Pflichtarbeiter und Arbeitsdienstfreiwilligen auf über 16 000.

Bedenklicher noch liegen die Dinge bei den Bestrebungen, unter Ausschaltung jeder Lohnzahlung die Unterstüzungsmittelerwerbende unmittelbar zu Arbeitsverhältnissen für die als einseitige Gegenleistung die auch sonst zu zahlende Unterstützung geboten wird.

Die Fürwörter des Freiwilligen Arbeitsdienstes sagen, das alles andere nichts daran, daß die Arbeitslosen selbst in diese neuen Beschäftigungsformen hineindrängen, und zwar mit der Bereitschaft, auf viele Garantien der Gesetzgebung und der kollektiven Vereinbarung zu verzichten.

In dem Ausnahmezustand der gegenwärtigen Krise selbst unter Zurückstellung von an sich wichtigen Rechtsgrundlagen zustimmen könne, soweit mindestens echte Arbeitsverhältnisse hergestellt würden.

Wirkliche Arbeitsbeschaffung größerer Ausmaßes läßt sich nach Broeders Auffassung niemals durch den Freiwilligen Arbeitsdienst erreichen, denn durch eine Arbeitsdienstpflicht schaffen.

Auch die Damenhutfabrikanten wollen neuen Lohnabbau!

Forderungen der Sutarteiler!

Die Damenhutindustrie in Deutschland gehört unweigerlich zu jenen Wirtschaftskategorien, die an einem hohen Realeinkommen der breiten Massen der Bevölkerung interessiert sein müssen.

Dieses ABC der guten Wirtschaftsjunktur sollte nun eigentlich nach den Erfahrungen, die man mit dem anderen Weg, dem der Einkommensschmälerung, in Deutschland gemacht hat, allen geläufig sein.

Nun haben die Damenhutfabrikanten für einen weiteren Lohnabbau keinerlei Begründung als die, die Verordnung vom 8. Dezember 1931 bei der letzten tarifliche Vereinbarung nicht erfüllt worden.

Hammerschaften der Gewerkschaften

Zur Rundgebung der Eisernen Front in der Jahrhunderthalle morgen Auftreten um 19,30 Uhr im Saalraum des Nordeinganges.

Die Jahreshandlungen der Gewerkschaften treten gleichfalls an.

Ortsauschüsse Breslau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

den heute der Fabrikant 1,80 bis 2,- Mark erhält, kostet der Fabrikant unter Einbeziehung eines bedeutenden Unkostenprozentsatzes etwa 20-25 Pf. Lohn.

Die Damenhutarbeiterin hat sich mit den neuen Lohnabbauwünschen der Fabrikanten befaßt. Sie wird diese Wünsche nicht nur durch die Berufung auf ein Kanalarwort zu erledigen versuchen, der in der amtlichen Begründung zur Vierteiligerordnung von der schicksalhaften Verbundenheit der Lohnarbeiter und Preisen sprach und daß die Verbundenheit auch für die Zukunft erhalten bleiben müsse.

1. Der Manteltarifvertrag soll wieder hergestellt werden wie er vor dem 9. Dezember 1931 war.

Die Sutarteiler sind der Meinung, daß ein Kanalarwort einen Sinn haben muß. Man muß also von der Regierung Erklärung verlangen, daß sie alles tut, damit die Arbeiter das Kanalarwort erfüllt bekommen!

10prozentige Lohnkürzung im Berliner Baugewerbe

Im Lohnkonflikt im Baugewerbe wurde heute vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der eine zehnprozentige Lohnkürzung vorsieht; und zwar sollen die Bauarbeiterlöhne von 1,25 auf 1,12 RM. gesenkt werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in England

ist im März auf 2,57 Millionen gesunken. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat beträgt 133 841 Personen.

Bei einem Vergleich der Zahlen ist zu berücksichtigen, daß noch immer die Verschärfung der Vorschriften für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung die Entwicklung günstiger erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit ist.

Tarifverhandlungen für die deutsche Rheinschiffahrt

finden zurzeit in Duisburg statt. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Für die Elbschiffahrt sollen am 11. April Manteltarifverhandlungen stattfinden. Für die Bezirke der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen sind die Lohn- und Manteltarife zum 30. April gekündigt worden.

Der Abfall des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels stellt sich im Monat März arbeitsmäßig auf 152 000 Tonnen gegenüber 155 000 Tonnen im Februar.

Holzarbeiter-Hammerchaft

steht am Freitag zu der Generalversammlung Punkt 7, 30 Uhr im nächsten Rundgang der Jahrhunderthalle, und zwar ist die Eingangs für die Hammerchaft gegenüber dem Restaurant der Jahrhunderthalle.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft

Von Max Simon-Kentals, R.-d.-L. (Fortsetzung.)

Die sozialdemokratische Praxis beantragt deshalb im April 1932, daß das Staatsministerium mit größter Beschleunigung dem Landtag einen Entwurf zur Abänderung der Vermögensgesetzgebung vorlegen sollte.

Welche starke wirtschaftliche Bedeutung auch für die Sieblung die Aufzucht hat, dafür nur ein Beispiel: In Westfalen liegen ungefähr 70 000 Hektar auf Fideikommissen, die etwa 100 Fideikommissbesitzer gehören.

Beginn der Antrag warnten sich besonders die Nationalisten. Sie behaupteten, es sei eine nationale Gefahr für den deutschen Osten, wenn die Fideikommissbesitzer aufgegeben würden.

Ein deutschnationaler Redner forderte im Anschluß: erwirbt man sich durch die Fideikommissbesitzer Kapitalien zu veräußern.

Am 2. März 1932 trat die Regierung dem durch die sozialdemokratischen Abgeordneten Abgeordneten ein, die den Landtag auszusprechen hat, und die Nationalen zu unterstützen, auf alle Parteien des Reiches einzutreten.

Die Sozialdemokratie verlangt als Gegenleistung den 1. Juli 1932, während der Nationalen die Fideikommissbesitzer zu unterstützen, die Nationalen zu unterstützen, die Nationalen zu unterstützen.

in der Befriedigung ihrer Ansprüche stark eingeeignet waren. Auch eine Befreiung der Abfindungsberechtigten sieht das Gesetz vor.

Angenommen wurden im Gesetz Bestimmungen über den Wald. In den Fideikommissen gehören 1 100 000 Hektar Wald, das ist ein Drittel des gesamten Waldes in Preußen.

Die Sozialdemokratie lehnt gegen diese Art der Regelung ab. Sie verlangt ein Sozialgesetz, das alle Fragen des privaten Waldbesitzes regelt.

Obwohl nicht alle Forderungen der Sozialdemokratie erfüllt waren, hat sie dem Gesetz ihre Zustimmung gegeben.

Weinbau

Als 1929 der Weinbau durch Nachschneee schwer geschädigt wird, beschließt der Landtag eine Reihe von Hilfsmassnahmen.

Es werden gefordert billige und langfristige Kredite, Niederlegung von Wärschrediten, Steuererleichterungen, Weinbrunnenbau, Straß- und Schädlingbekämpfung, Ausdehnung der Hilfsmassnahmen auf Arbeiter und Handwerker.

Die Sozialdemokratie hat diese Forderungen zurückgewiesen. Sie hat eine Reihe von Forderungen zurückgewiesen.

Die Bereitstellung neuer Kredite erschien nicht ratsam, da in den letzten Jahren aus Reichsmitteln rund 65 Millionen Mark zum Weinbau gegeben wurden, der zu dieser Zeit 200 000 Hektar umfaßt.

Die Reichsregierung hat die Forderungen zurückgewiesen, da in den letzten Jahren aus Reichsmitteln rund 65 Millionen Mark zum Weinbau gegeben wurden, der zu dieser Zeit 200 000 Hektar umfaßt.

Die Reichsregierung hat die Forderungen zurückgewiesen, da in den letzten Jahren aus Reichsmitteln rund 65 Millionen Mark zum Weinbau gegeben wurden, der zu dieser Zeit 200 000 Hektar umfaßt.

Die Reichsregierung hat die Forderungen zurückgewiesen, da in den letzten Jahren aus Reichsmitteln rund 65 Millionen Mark zum Weinbau gegeben wurden, der zu dieser Zeit 200 000 Hektar umfaßt.

Die Reichsregierung hat die Forderungen zurückgewiesen, da in den letzten Jahren aus Reichsmitteln rund 65 Millionen Mark zum Weinbau gegeben wurden, der zu dieser Zeit 200 000 Hektar umfaßt.

Die Reichsregierung hat die Forderungen zurückgewiesen, da in den letzten Jahren aus Reichsmitteln rund 65 Millionen Mark zum Weinbau gegeben wurden, der zu dieser Zeit 200 000 Hektar umfaßt.

Die Reichsregierung hat die Forderungen zurückgewiesen, da in den letzten Jahren aus Reichsmitteln rund 65 Millionen Mark zum Weinbau gegeben wurden, der zu dieser Zeit 200 000 Hektar umfaßt.

Wintersgenossenschaften und 475 000 Mark für den Weinbau vom Reich zur Gewährung von Zinsverbilligungszuschüssen bereitgestellt worden.

Zur Abfallförderung ist eine Reihe von Maßnahmen durch Gewährung von Beihilfen unterstützt worden.

1932 wurden aus Nebenflächen der Grundvermögenssteuer zur Förderung des Weinbaues 350 000 Mark und zur technischen Förderung des Weinbaues 400 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Fischerei

Für die Fischereinteressen hat sich die Sozialdemokratie nachdrücklich eingesetzt. Die Förderung des Genossenschaftswesens und die Beschaffung von Mitteln hierzu ist in erster Linie des Verdienst der Sozialdemokratie. Die Gewährung von Beihilfen aus Reichsmitteln für die Küstendischer ist ebenfalls mit auf Veranlassen der Sozialdemokratie zurückzuführen.

Die Sozialdemokratie hat sich in allen Fällen gegen die starren, bezugslose Behandlung der Hochsee- und Loggerfischerei gegenüber der Küstendischer gewandt.

Im Februar 1932 wurde folgender sozialdemokratischer Antrag eingebracht (Nr. 8228):

Das Staatsministerium wird ersucht:

1. bei der Reichsregierung zu ermitteln,

a) die Stundung evtl. Niederlegung der fällig gewordenen kleinen Darlehensbeträge aus Reichsmitteln, da eine Rückzahlung unmöglich geworden sein dürfte,

b) der Küstendischer und besonders der Genossenschaften auch weiterhin mit leicht zugänglichen Darlehen zu helfen;

2. die Reichsregierung in den Fällen, in denen es sich um die Stundung der geringen Darlehensbeträge und mögliche Markt-lage eine Beschleunigung anzufügen.

Auf sozialdemokratischen Antrag sollen die Fischer aus überlegten Fischereigebieten ausgewechselt werden und eine Altersgrenze eingehalten.

Die Regierung hat dieser Forderung zustimmend aus Nebenflächen der Grundvermögenssteuer rund 350 000 Mark zur Verfügung gestellt. Im Haushalt befindet sich bei der Neuveranschlagung ein Betrag von 400 000 Mark.







